

# 64. Österreichischer Städtetag

"STÄDTE NEU DENKEN - FINANZEN, BILDUNG, SOZIALES"

# **Arbeitskreis IV**

# Friedliches Zusammenleben in Österreichs Städten und Gemeinden



# Friedliches Zusammenleben in Österreichs Städten und Gemeinden

Moderation:	
<b>Dr.</b> in <b>Alexandra Föderl-Schmid</b> Der Standard	
<u>Vorsitz:</u>	
<b>Bgm. Mag. Siegfried Nagl</b> Graz	
Tisch 1: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	
in Österreich	Seite 5
Tisch 2: Beschäftigungsmöglichkeiten für AsylwerberInnen_	_ Seite 11
Tisch 3: Armutsmigration in Europa - Auswirkungen auf Österreich	_ Seite 21
Tisch 4: Aktuelle Antworten zu Fragen der räumlichen Segregation	_Seite 47
Lebensläufe der Vortragenden	_Seite 57



# TISCH 1

# Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Österreich

**Tischmoderation** 

Claudia Glössl

Wels

Fachinput:

**Mag. Heinz Fronek** 

Asylkoordination

# Ungenutzte Potenziale – unbegleitet minderjährige Flüchtlinge (UMF) in österreichischen Städten.

Mag. Heinz Fronek, asylkoordination

Im Jahr 2013 suchten rund 1.000 unbegleitete Minderjährige in Österreich um Schutz vor Verfolgung an. Alle **mündigen** unbegleiteten Minderjährigen (das sind ca. 95%) werden zunächst in der Erstaufnahmestelle-Ost (Traiskirchen) aufgenommen. Nicht alle UMF bleiben in Österreich. Ein erheblicher Teil verlässt die Erstaufnahmestelle innerhalb der ersten Wochen, um in einem anderen EU-Staat Schutz vor Verfolgung zu suchen.

Aktuell stehen bundesweit, außerhalb der Erstaufnahmestelle, im Rahmen der Grundversorgung etwa 900 Plätze für UMF zur Verfügung. Ein Teil dieser Plätze (ca. 20%) ist derzeit nicht belegt, da die Zahl der asylsuchenden unbegleiteten Minderjährigen seit 2013 stark zurückgegangen ist (2012 kamen noch 1.781 UMF). Viele UMF aus Traiskirchen werden nicht zugewiesen, da sie entweder noch nicht zum Verfahren zugelassen sind oder, nach einer Altersbegutachtung, von der Asylbehörde für volljährig erklärt werden. Die Zuweisung an die Betreuungsstellen in den Bundesländern erfolgt aufgrund der bereitstehenden Plätze, nicht aufgrund eines festgestellten Betreuungsbedarfs.

Auf die größeren Städte (ab 50.000 EW) Wien, Graz, Salzburg, Linz und St. Pölten entfallen 320 Plätze (42%). 178 Plätze (24 %) der UMF sind in den kleineren Städten (unter 50.000 EW) Steyr, Mödling, Gänserndorf Hallein, Hollabrunn, Hall in Tirol, Bad Vöslau, Feldkirch untergebracht. In den Gemeinden Hirtenberg, Rechnitz, Deutschfeistritz, Gallspach, Maria Enzersdorf, Vandans, Vomp und Neudörfl leben 252 (34 %) der UMF.<sup>1</sup>

Stadt/Gemeinde	EinwohnerInnen	Anzahl UMF Plätze in GV	Anteil UMF in %
Wien	1.700.000	176	0,01
Graz	265.318	190	0,07
Steyr	38.395	27	0,07
Rechnitz	3.123	36	1,15

Die für die Betreuung notwendige Infrastruktur spricht für eine Unterbringung von UMF im städtischen Bereich, wobei vor allem größere Städte besondere Vorteile bieten. Befindet sich die Einrichtung in einer Gemeinde jedoch im Einzugsgebiet einer größeren Stadt (wesentlich ist vor allem die Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln), ist der Standort ebenfalls günstig.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Diese Aufstellung umfasst nur die von NGO Einrichtungen bereitgestellten Plätze

Nationale Gesetze und internationale Verträge sehen vor, dass UMF gleich wie andere Kinder zu behandeln sind ("Diskriminierungsverbot" vgl. Kinderrechtskonvention bzw. Kinder und Jugendhilfegesetz). In der Realität ist dies jedoch nicht der Fall.

**Beispiel:** In Einrichtungen der Kinder und Jugendhilfe werden Minderjährige in Gruppen von etwa 10 Kindern betreut (in den Bundesländern unterschiedlich geregelt). Im Gegensatz dazu, werden UMF teilweise in Gruppen von bis zu 40 Minderjährigen betreut.

Der Grund dafür ist, dass für eine sozialpädagogische Betreuung in kleineren Gruppen die bereitgestellten Finanzmittel nicht ausreichen.

### Obsorge

Die Obsorge für unbegleitete Flüchtlingskinder wird vom Gericht dem Träger der Kinder- und Jugendhilfe übertragen. Bis ein UMF einen Obsorgeberechtigten zur Seite gestellt bekommt, können allerdings mehrere Monate vergehen. Für Minderjährige die im Alter von 17 Jahren nach Österreich kommen, wird die Obsorge häufig nicht mehr geregelt.

Das ABGB geht von einer umfassenden Obsorgeausübung zugunsten Minderjähriger aus. Obsorge bedeutet mehr als ein punktuelles Reagieren in Krisensituationen, sie beinhaltet die Verpflichtung zur umfassenden Fürsorge.

Die Kinder- und Jugendhilfe engagiert sich sehr unterschiedlich in der Wahrnehmung ihrer Pflichten gegenüber UMF. In Niederösterreich sind alle Einrichtungen die UMF beherbergen, von der Kinder- und Jugendhilfe genehmigt und kontrolliert. Das Land investierte für die Betreuung von UMF im Jahr 2013 aus dem Budget der Kinder- und Jugendhilfe ca. 1,7 Mio €. Im Gegensatz dazu stellen Salzburg oder das Burgenland kaum Finanzmittel für die Erfüllung diese Aufgaben bereit.

Die Grundversorgung kann nur einen Teil der den Minderjährigen zustehenden Unterstützung abdecken. Dies führt dazu, dass die Finanzierung wesentlicher Leistungen nur durch den Einsatz von Spenden- bzw. Eigenmittel der Trägerorganisationen erfolgen oder ganz unterbleiben.

**Beispiel:** Die Grundversorgung finanziert pro UMF 200 Stunden Deutschunterricht. Dies reicht keinesfalls aus um die deutsche Sprache ausreichend zu erlernen. Nachdem die von der GVS bereitgestellten finanziellen Mittel verbraucht sind, gibt es für nicht mehr schulpflichtige minderjährige Flüchtlinge in vielen Bundesländern nicht ausreichend weitere Möglichkeiten Bildungsangebote wahrzunehmen.

### Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge - eine sinnvolle Investition in unsere Zukunft

Für die Städte ist die umfassende Unterstützung dieser jungen Menschen langfristig eine kluge Investition. Viele dieser jungen Menschen bleiben in Österreich. Gerade die erste

Phase des Aufenthalts entscheidet über die spätere Realisierung von Potenzialen. Es ist daher wesentlich, umgehend umfassende Bildungsangebote, Rehabilitations- und Integrationshilfen und sozialpädagogische Betreuung bereitzustellen. Oft berücksichtigen Regelungen die spezielle Situation von jungen Flüchtlingen nicht.

Die Erfahrung zeigt, dass es jungen Flüchtlingen - selbst unter den gegebenen schwierigen Lebensbedingungen - teilweise gelingt, ihr Leben konstruktiv und erfolgreich zu gestalten. Mit mehr Unterstützung in den ersten Jahren nach der Ankunft, würden die vorhandenen Potenziale wesentlich besser genutzt werden können. Zum Wohle der jungen Flüchtlinge aber mittelfristig auch zum Vorteil des Gemeinwohls.

Der Politik kommt die zentrale Aufgabe zu, Bedingungen zu schaffen, die benachteiligten Gruppen bessere Entwicklungschancen einräumt. Folgende unbegleitete minderjährige Flüchtlinge betreffende, Themenbereiche sollten daher auch im Sinne des künftigen friedlichen Zusammenlebens auf Ebene des Bundes der Länder der Städte und Gemeinden diskutiert werden:

- Gestaltung der Obsorge; Implementierung der grundlegenden Standards für Obsorgeberechtigte von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen
- Notwendige Leistungen der gesetzlichen Vertretung von UMF im asyl- und fremdenpolizeilichen Verfahren
- Qualität der Unterbringung, Betreuung und Versorgung von UMF
- Berücksichtigung der Bedürfnisse von Jugendlichen mit erhöhtem Betreuungsbedarf
- Deutschkurs- und andere **Kosten für Bildungsmaßnahmen**, sofern sie nicht durch die Grundversorqung gedeckt sind
- **Dolmetschkosten** für rechtliche Beratung, Amtswege, Beratungstermine
- Psychotherapiekosten
- Heil- und Pflegekosten sowie Kosten für Heilbehelfe, sofern sie nicht durch die Krankenversicherung und durch die Grundversorgung gedeckt (Zahnspangen, Hörgeräte, Sehbehelfe, Impfungen)
- Freizeit und altersgemäße aktive Erholung (Freizeitaktivitäten, Erholungsaktionen)
- Verfügbarkeit von Krisenplätzen
- Unterstützungsmaßnahmen beim Übergang zur Volljährigkeit



# **TISCH 2**

# Beschäftigungsmöglichkeiten für AsylwerberInnen

## **Tischmoderation**

Mag.<sup>a</sup> Martina Eigelsreiter St. Pölten

## **Fachinput:**

# Christian Schörkhuber

Volkshilfe Oberösterreich

# **Bundesminister Rudolf Hundstorfer**

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

# Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit!?

# Beschäftigungsmöglichkeiten für AsylwerberInnen



# Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Artikel 23 - Recht auf Arbeit und gleichen Lohn, Koalitionsfreiheit

Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit.





Asylwerber dürfen nicht arbeiten – außer als Prostituierte und Erntehelfer





# Asylwerber in Österreich

#### Asylanträge Monat 2013 Vorjahr Differenz Jänner 1.208 1.310 -7,79% Februar 1.185 997 18.86% 1.198 1.218 -1,64% April 1.405 1 239 13.40% Mai 1.445 1.345 7,43% Juni 1 7 9 9 1.230 46.26% Juli 1.802 1.653 9,01% August 1.352 -23,01% 1.756 September 1.775 -24,23% 1.345 Oktober 1.693 2 117 -20,03% November 1.553 1.523 1,97% Dezember 1.518 1.250 21,44% Summe: 17.503 17.413 0,52%



#### QUOTENSTATISTIK

aus dem

### Betreuungsinformationssystem

über die Gewährleistung der vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde in Osterreich (entsprechend der Grundversorgungsvereinberung gemäß Art. 15e B-VG)

Bundesland	Anzahl Leistungs - bezieher	Quote (%)	Soll Zielerf.	Diff. Zielerf.	Zielerf. (%)
Burgenland	792	3,400227	785	7	100,85
Kärnten	1.401	6,619578	1.529	-128	91,65
Niederösterreich	4.182	19,218097	4.438	-256	94,23
Oberösterreich	3.226	16,825514	3.886	-550	83,02
Salzburg	1.229	6,296950	1.454	-225	84,52
Stelermark	3.084	14,384476	3.322	-238	92,84
Tirol	1.529	8,442324	1.950	-321	83,56
Vorariberg	879	4,408982	1.018	-130	86,33
Wien	5.571	20,402752	4.712	1.050	141,50
Total:	23.093	100	23.093	0	



# Ausländerbeschäftigungsgesetz

(1) Einem Arbeitgeber ist auf Antrag eine Beschäftigungsbewilligung für den im Antrag angegebenen Ausländer zu erteilen, wenn die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes die Beschäftigung zulässt (Arbeitsmarktprüfung), wichtige öffentliche und gesamtwirtschaftliche Interessen nicht entgegenstehen und

der Ausländer über ein Aufenthaltsrecht nach dem NAG oder dem Fremdenpolizeigesetz 2005 (FPG), BGBl. I Nr. 100, verfügt, das die Ausübung einer Beschäftigung nicht ausschließt, oder seit drei Monaten zum Asylverfahren zugelassen ist und über einen faktischen

Abschiebeschutz oder ein Aufenthaltsrecht gemäß den §§ 12 oder 13 AsylG 2005 verfügt oder über ein Aufenthaltsrecht gemäß § 54
Abs. 1 Z 2 oder 3 AsylG 2005 verfügt oder gemäß § 46a FPG geduldet ist und zuletzt gemäß § 1 Abs. 2 lit. a vom Anwendungsbereich
dieses Bundesgesetzes ausgenommen war,



# "Bartensteinerlass"

Für Asylwerber mit vorläufigem Aufenthaltsrecht sind gemäß Erlass vom 20. Mai 2004, Zl. 435.006/6-II/7/04, Beschäftigungsbewilligungen weiterhin nur im Rahmen von Kontingenten gemäß § 5 zu erteilen. Hat ein Asylwerber allerdings eine Anwartschaft auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung erworben, ist – allenfalls auch im Zuge einer amtswegigen Vermittlung – eine reguläre Beschäftigungsbewilligung in Betracht zu ziehen. Eine u.U. nur befristete Verfügbarkeit infolge des Verlustes des Aufenthaltsrechts bei rechtskräftiger Ablehnung des Asylantrages ist jedoch entsprechend zu berücksichtigen.



# Arbeitsmöglichkeit 1 Remuneration – Beispiel Steyr

Die Jugendlichen helfen im wesentlichen bei drei Veranstaltungen bzw. Einrichtungen mit

- 1. Musikfestival hier helfen sie beim Auf- und Abbau der Bühne
- 2. Alten und Pflegeheim Münichholz Essenstransport
- 3. Stadtbetriebe Steyr diverse kleinere Arbeiten im Sommer

Sie leisteten dabei 2013 2.282 Stunden (bekommen Euro 5,- pro Stunde)

Erlaubt im Rahmen der Unterbringung oder Tätigkeiten bei Kommunen, Land, Bund





# Arbeitsmöglichkeit 2 Erntehelfer/Saisoniers - Kontingente

Für die Wirtschaftszweige Gastronomie sowie Land- und Forstwirtschaft werden jährlich vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK) Kontingente festgelegt, im Rahmen derer bis zu sechs Monate gültige Beschäftigungsbewilligungen erteilt werden können.

#### Probleme dabei:

Bauern möchten angestammtes Personal z.B. aus der Ukraine oder Mazedonien
Aufgrund von jederzeitiger Erreichbarkeit wohnen am Hof Voraussetzung
Entlassung aus der Grundversorgung
Keine Rückkehrgarantie in Wohnquartier





# Arbeitsmöglichkeit 3 Selbstständigkeit

"Kolporteure: Prekärer Job, den kein anderer macht Fast ausschließlich Asylwerber oder Migranten arbeiten als Zeitungsverkäufer und -austräger. Viel Geld verdienen sie nicht, und auch rechtlich gibt es einige offene Fragen" Aus "Die Presse"

Achtung: Reglementiertes Gewerbe darf nur ausgeübt werden, wenn Befähigungsnachweis besteht!





# Arbeitsmöglichkeit 4 Werkverträge

## Achtung bei Werkverträgen!

Die Abgrenzung zwischen Werkvertrag und "normalem" Arbeitsvertrag ist nicht immer leicht zu treffen. Die Gebietskrankenkassen bzw. die Finanzbehörden kontrollieren streng die Einhaltung der Versicherungs-, Melde-und Beitragsbestimmungen der Sozialversicherung.
Wird im Rahmen dieser Prüfung fest gestellt, dass die Zuordnung einer Vertragsbeziehung zu einer bestimmten Vertragsform nicht korrekt ist, kann die Wahl der falschen Vertragsform schnell nachteilige und oft auch sehr kostspielige und ev. aufenthaltsrechtliche

Folgen haben!





# Arbeitsmöglichkeit 5 Lehrlinge - Mangelberufe

# "Hundstorfererlass"

Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 AuslBG

"Bei Vorliegen aller allgemeinen

können daher für jugendliche
Asylwerber/innen bis zur Vollendung des
18. Lebensjahres
Beschäftigungsbewilligungen gemäß § 4
Abs. 2 und 3 Z 1 AusIBG außerhalb der
Saisonkontingente und - ungeachtet des
vorläufigen Aufenthaltsstatus

 für die gesamte Dauer der Lehrzeit (§ 7 Abs. 4 AusIBG) für alle Lehrberufe erteilt werden, in denen ein nachgewiesener Lehrlingsmangel besteht."





# **Zugang zum Arbeitsmarkt – Hindernisse Asylberechtigte/Subs. Schutzberechtigte**

- Brauchen keine Beschäftigungsbewilligung
- Anerkennung: nach 4 Monaten Entlassung aus der Grundversorgung
- Sprache
- Dequalifizierung (positiv: Nostrifizierunbgsberatungsstellen)
- Wohnen
- Jahrelange "Untätigkeit" ( Langzeitarbeitslosigkeit)
- Psychische Probleme









# TISCH 3

# Armutsmigration in Europa -Auswirkungen auf Österreich

## **Tischmoderation**

# Mag. Erich Kaliwoda

Referat für Mindestsicherung und Sozialhilfe, Graz

# Fachinput:

# **Michael Lintner**

Caritas Diözese Graz Seckau

## **Dr. Heinz Schoibl**

Helix Austria



# Die Grundsätze der Europäischen Union sind unteilbar

### Integration darf keine Einbahnstraße sein!

Die vielschichtige und weit verzweigte Geschichte der Roma in Europa ist leider auch eine Geschichte der Erniedrigungen und der Missverständnisse. Es gibt im heutigen Europa wohl kaum eine Gruppe von Menschen, die mit einer derartigen Fülle an Vorurteilen überfrachtet wird. Die Roma werden gleichgesetzt mit den Ärmsten der Armen in Ost- und Südosteuropa, die im Müll hausen und von der Hand im Mund leben müssen. Aber auch dieses Bild stimmt eben nur zum Teil. Denn es gibt auch zahlreiche Beispiel von erfolgreicher Integration – die Möglichkeit, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, erweist sich dabei als entscheidendes Kriterium.

Ein Teil der Süd- und OsteuropäerInnen sieht jedoch in ihrer Heimat keinerlei Perspektiven mehr. Die Mehrheit der abwandernden Süd- und OsteuropäerInnen sind gut ausgebildete Fachkräfte, deren Migration einen großen Verlust für die Wirtschaft der Herkunftsländer bedeutet. Ohne Perspektive sind auch die ArmutsmigrantInnen. Das ist der Grund, weshalb sie zu uns kommen. Die Öffnung der EU-Grenzen und die damit verbundene Reisefreiheit macht es ihnen leichter, dorthin zu gehen, wo Hoffnung auf ein besseres Leben besteht. Roma sind EU-BürgerInnen wie wir, daher müssen für sie die gleichen Grundsätze gelten – allzu oft wird dies jedoch von uns vergessen und wir wollen ihnen Rechte, die für uns selbstverständlich sind, nicht billigen. In einem gemeinsamen Europa darf Integration keine Einbahnstraße sein, sie darf kein Privileg für Auserwählte werden, sondern muss allen Menschen offen stehen – dies ist heute besonders zu betonen, da die Debatte über die Eingrenzung der Freizügigkeit in einigen europäischen Ländern wieder neu aufgeflammt ist. Derartigen Bestrebungen treten wir entschieden entgegen: Eine Gesellschaft wie unsere, die sich sozialen Grundsätzen verpflichtet fühlt, hat die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass diese Grundsätze unteilbar sind.

Für viele Roma gilt leider nach wie vor – sie werden sowohl in ihrer eigenen Heimat, als auch im europäischen Ausland ausgegrenzt. In Ungarn und anderen Ländern gab es vereinzelt regelrechte Hetzkampagnen, aber auch in Ländern wie Österreich, Deutschland oder Frankreich herrscht große Verunsicherung im Umgang mit den ArmutsmigrantInnen (die zum Teil Roma sind). Wenn man sich die Mühe macht, die ArmutsmigrantInnen in ihrer eigenen Heimat aufzusuchen, wird rasch klar: Das Elend, in dem viele Menschen leben müssen, ist unfassbar groß. Die Sozialhilfe von durchschnittlich weniger als 100 Euro pro Familie in den meisten Ländern (Süd)-Osteuropas reicht nicht aus, um ein annähernd menschenwürdiges Leben zu führen: Bisweilen leben bis zu 10 Menschen zusammengedrängt in einem einzigen Raum, manche Mütter müssen für ihre Kinder einzelne Kartoffeln teilen, damit jedes Kind etwas zu essen hat.

Ein großes Problem ist, dass auch über Bildung in den meisten Fällen keine Perspektive auf ein besseres Leben entsteht, weil eine Schulbildung auf Grund der angespannten Situation am Arbeitsmarkt noch lange keine Garantie auf ein besseres Leben bedeutet. Dennoch setzen viele Projekte der Caritas-Auslandshilfe in Ländern wie Rumänien, Bulgarien, Bosnien & Herzegowina oder der Slowakei genau da an – es geht darum, die junge Generation zu erreichen und sie dabei zu unterstützen, eine Schulbildung abzuschließen. Daher finanziert die Caritas zahlreiche Tagestätten, Nachmittagsbetreuungen und Lerncafés, in denen Kinder nicht nur eine kostenlose Stütze bei den Hausaufgaben bekommen, sondern auch ein warmes Essen und ein wenig Geborgenheit.

Es ist daher unser aller Aufgabe, mit den Ärmsten in Europa zu teilen und sie auf dem Weg in ein besseres Leben zu unterstützen. Dies beinhaltet auch die Bekämpfung der unmittelbaren Not, derer, die zu uns kommen. Darüber hinaus müssen wir danach trachten, Zugänge zu Bildung, sozialen Systemen und zum Arbeitsmarkt für sie zu finden. Natürlich müssen Perspektiven für die Menschen vor allem in ihrer Heimat geschaffen werden. Damit dies gelingen kann, sind gemeinsame Ideen und Strategien von Hilfsorganisationen, der Politik auf allen Ebenen, aber auch der Menschen selbst gefordert. Die Weichen dazu müssen jetzt gestellt werden!

Michael Lintner Caritas Steiermark

# **Caritas**

# **Armutsmigration -**

Herausforderung, Überforderung und gleichzeitig Chance...

Die aktuelle Situation in Graz Ideen und Lösungsansätze zum Umgang mit der Problematik

Michael Lintner Fachbereich Basisversorgung Caritas Steiermark



# **Caritas**

## **Armutsmigration in Graz**

**Allgemeines** 

Graz ist wie viele Regionen Österreichs zunehmend mit dem Problem der Armutsmigration konfrontiert. Die Problemlagen stellen sich sehr ähnlich dar (siehe auch die Situation in Salzburg). Die Menschen kommen, da es in Ihren Herkunftsländern keine Perspektiven für sie gibt und sie hoffen, hier die Mittel zu bekommen, die sie zum Leben brauchen.

Es gibt keine gesicherten statistischen Zahlen, wie viele Menschen sich durchschnittlich im Graz aufhalten. Insgesamt dürften es etwa 250 bis 300 Personen sein. Etwa 75% dürften der Volksgruppe der Roma angehören.

Legale Arbeit ist bei den meisten trotz der Gleichbehandlung seit 1.1.2014 de facto unmöglich – Analphabetismus, fehlende sprachliche Kenntnisse, körperliche Gebrechen etc. schließen das Finden einer Arbeit aus. Prekäre Arbeitsverhältnisse und/oder Betteln sind daher die einzige Perspektive.

Auch andere Gemeinden sind zunehmend von der Problematik betroffen – immer häufiger berichten vor allem Pfarren von bettelnden Menschen.

# **Caritas**

## **Armutsmigration Graz**

## Herkunft der Menschen

Etwa 75% der Menschen, die nach Graz kommen oder bereits hier leben, sind EU-BürgerInnen und gehören zur Volksgruppe der Roma. Sie kommen entweder aus der Slowakei oder aus Rumänien, vereinzelt aus Ungarn. Interessant ist, dass fast alle aus einem regional sehr begrenzten Gebiet stammen, den Regionen Hostice und Brasov.

In ihrer Heimat gibt es für sie keine Perspektiven, da sie dort ausgegrenzt werden, es keine Arbeit gibt, und sie in unwürdigen Verhältnissen leben (müssen). Aber auch wenn eine Arbeit gefunden wird, ist mit dem Arbeitslohn ein Überleben fast nicht möglich. Zudem sind die sozialen Systeme vor allem in Rumänien kaum entwickelt, die Unterstützungsleistungen sind nicht viel mehr als ein "Tropfen auf dem heißen Stein".

Alle anderen MigrantInnen sind überwiegend der Mehrheitsgesellschaft in ihren Heimatländern zuzuordnen und stammen vorwiegend aus Rumänien, Polen, Ungarn, Kroatien und Slowenien.

# **Caritas**

# **Armutsmigration Graz**

# Die Situation der Menschen

Es ist zu beobachten, dass Menschen aller Altersgruppen nach Graz kommen. Waren es früher vor allem allein reisende Männer, die kamen, sind es in den letzten Jahren vermehrt Familienverbände, die nach Graz reisen.

Alle Menschen, die der Volksgruppe der Roma zuzurechnen sind, sind EU-BürgerInnen. Sie haben schlechte oder keine schulische Ausbildung. Berufliche Ausbildungen sind kaum vorhanden. Analphabetismus ist weit verbreitet.

Es ist eine gute Vernetzung untereinander beobachtbar. Große Familienverbände erleichtern das Überleben auch mit dem wenigen, das zur Verfügung steht. Jede(r) Einzelne (auch Kinder) übernimmt klare Verantwortlichkeiten im Verband.

Viele Menschen (auch sehr Junge) befinden sich in schlechter körperlicher Verfassung und brauchen häufig medizinische Versorgung. Zahnerkrankungen und Erkrankungen des Bewegungsapparates sind weit verbreitet.



# **Armutsmigration Graz**

## Die Lebensumstände in Graz

#### Wohnen:

Ein Mieten von Wohnraum ist nicht leistbar, daher wohnen die Menschen in

- Notunterkünften (Caritas oder Vinzenzgemeinschaft)
- Abbruchhäusern
- Autos oder im Freien
- In überteuerten Beherbergungsbetrieben

## Sicherung der Grundbedürfnisse:

Angebote für Essen, Kleidung, Hygiene sind ausreichend vorhanden und für die Menschen zugänglich.

## Medizinische Versorgung:

Allgemeinmedizinische Erstversorgung über die Marienambulanz, in Ausnahmefällen fachärztliche Behandlung. Nachhaltige Versorgung ist nahezu unmöglich.

# **Caritas**

## **Armutsmigration Graz**

## Die Lebensumstände in Graz

### Arbeit:

Viele kommen mit falschen Hoffnungen nach Graz, Aussicht auf legale Arbeit ist praktisch nicht vorhanden. Es bleiben der Weg auf den Arbeitsstrich im Bereich der Friedhofgasse, die Vermittlung von Schwarzarbeit über die internen Netzwerke, Musizieren oder Betteln. Mit Betteln können durchschnittlich 10 bis 15 Euro täglich verdient werden. Geht man von 25 Arbeitstagen pro Monat aus, können auf diesem Weg bis zu 375 Euro pro Monat verdient werden. Allein diese Tatsache zeigt, dass die Menschen weiterhin kommen werden, denn dies ist ein vielfaches von dem, was sie in der Heimat verdienen können oder vom Sozialsystem erhalten.

#### Familie und Kinder:

Da immer mehr (Groß)Familien mit Kindern kommen, gibt es vor allem im Bereich der Unterbringung vermehrt Probleme, da es hier einfach an Alternativen mangelt und die Hilfsorganisationen ihre Grenzen erreicht haben.

# **Caritas**

## **Armutsmigration Graz**

# Unsere Überforderung

Die Problematik überfordert Politik, Helfende und Gesellschaft gleichermaßen. Die Hilfsangebote erfolgen kaum voraussehend sondern meist reaktiv, greifen daher zu kurz oder bringen nicht den erhofften Erfolg.

## Ein paar Thesen warum dies so sein könnte:

- Bettelei macht Angst und zeigt uns eine Problematik, die wir eigentlich lieber verdrängen würden.
- Wir unterstellen Kriminalität und Sozialschmarotzertum.
- Viele Helfer und Angebote aber keine einheitliche Linie.
- Wir wissen nicht, wie weit wir helfen und wann wir uns abgrenzen sollen.
- Wir wissen zu wenig über die Menschen, wollen oder können aber nicht mit ihnen kommunizieren. Es fehlt vor allem an Vertrauen!
- keine einheitliche, klare Botschaft, die den Menschen kommuniziert wird.
- Wir sehen die Armut der Menschen, nicht aber ihre Eigenverantwortung.

# **Caritas**

## **Armutsmigration Graz**

# Die Herausforderung annehmen!

In den nächsten Jahren wird die Armutsmigration kommunale Herausforderung bleiben, denn die Strukturverbesserungen in den Herkunftsländern werden - wenn sie gelingen - noch Jahre in Anspruch nehmen.

Wir können so tun wie bisher – keine klare Stellung beziehen, den Kopf einziehen und hoffen, dass die Menschen dorthin ziehen, wo es bessere Angebote gibt.

Oder wir nehmen die Herausforderung an und suchen GEMEINSAM nach Lösungen, die von Politik, Sozialorganisationen, Betroffenen und Partnern erarbeitet und getragen werden. Diese Lösungen müssen klaren Zielsetzungen, aber auch klaren Grenzen folgen.

Es braucht eine klare Kommunikation mit EINER GEMEINSAMEN Stimme – dies gibt uns Sicherheit in unserem Tun, und den Menschen Klarheit, was sie erwarten können und was nicht.



# **Armutsmigration Graz**

# Die Herausforderung annehmen!

Aus Sicht der Caritas ist es notwendig, auf Basis der bestehenden Angebote:

- Unmittelbar zu helfen, dort wo Grundbedürfnisse vorübergehend gesichert werden müssen. Dazu zählen unter anderem ein Notquartier für die Wintermonate, Tagesstruktur mit Basisangeboten insbesondere für Familien sowie die Umsetzung einer Anlaufstelle für soziale Fragen und zur Rückkehrberatung (stationär und aufsuchend, muttersprachlich)
- **Zu befähigen**, wo Integration angestrebt wird und realistisch erscheint. Dazu zählen die Schaffung von Betreuungseinrichtungen für Kinder, der Zugang zu Schulen, Bildung und Spracherwerb für Erwachsene.
- Anwaltschaftlich tätig zu werden, wo es um die Wahrung rechtlicher Ansprüche geht. In dieser sensiblen Thematik liegt der Fokus vor allem auf den Bereichen Arbeit und Wohnen. Um hier Verbesserungen erwirken zu können, muss eine Involvierung von Arbeitgebern und Vermietern erreicht werden.



# Basisversorgungsangebote für ArmutsmigrantInnen, EU-NeuzuwanderInnen (und bettelnde Menschen)

### Marienstüberl (Mariengasse 24, 8020 Graz):

- Versorgung mit Essen entweder im Rahmen der Mittagsausspeisung im Marienstüberl oder Mitgabe von Essenspaketen
- Hygieneangebote: Duschen Frauen Mo Fr. 9-11, Männer ebenso
- Kleiderausgabe (Gutscheine zum Einkauf bei Carla) in Notfällen, Ausgabe Gutscheine Mo.-Fr. 8-10

## Arche 38 (Eggenbergergürtel 38, 8020 Graz) - für wohnungslose Menschen

- Duschen Männer täglich 10-16 Uhr
- Wäscheservice: täglich 10 16 Uhr, Kosten: 2 Euro
- Nächtigung für Männer(1 Nächtigung), Kosten 1 Euro
- Rückkehrberatung & Hilfe: (Wird Hilfe gegeben, bedeutet dies einen Nächtigungsstopp von 6 Monaten, um "Heimkehrtourismus" zu verhindern)

### Kälte-Notschlafstelle (ab Winter 2014/2015)

- Zeitraum: 1. Dez. Mitte April
- Zielgruppe: Männer, Frauen und Kinder

### Haus Elisabeth (Bergstraße 24, 8020 Graz)

Unterkunft für Frauen mit Kindern

#### Marienambulanz (Mariengasse 24, 8020 Graz)

Medizinische Erst- und Grundversorgung

# **Sozialberatung** (Mariengasse 24, 8020 Graz) - Personen, die in Graz behördlich gemeldet sind

- Gesprächsmöglichkeit und Beratung
- Informationen
- Intervention bei verschiedenen Stellen (Ämter, Vermieter, etc.)
- Materielle Hilfen usw.

#### Achtung: Voraussetzungen für eine Unterstützungsleistung sind:

- Anmeldebescheinigung
- Fester Wohnsitz in der Steiermark (Meldezettel)
- Verständnis von Deutsch oder Englisch (oder selbst organisierte DolmetscherIn)

### Wo erhalten ArmutsmigrantInnen in Graz / Steiermark noch Hilfe?

Der **Sozialkompass Graz für Menschen in Notsituationen** listet die Grazer Hilfseinrichtungen auf. (http://www.graz.at/cms/beitrag/10105648/3232258)

- VinziNest und Vinzischutz(Notschlafstelle), Kernstockg. 14, 8020 Graz
- VinziTel (längerfristige Notschlafstelle), Lilienthalgasse 20a, 8020 Graz

# **Herausforderung Armutsmigration**

# Ein Blick über die Grenzen Österreichs nach Deutschland



## **Protokoll**

Einer Learning Journey der Caritas zu Projekten im Kontext von Armutsmigration in

München Dortmund Duisburg Berlin

25. - 28. März 2014

# Learning Journey 25.-28.März 2014 Herausforderung Armutsmigration

#### 1. Tag: Dienstag, 25. März 2014: München

### Katholische und Evangelische Bahnhofsmission

KURZBESCHREIBUNG: Die Bahnhofsmission versteht sich als Ort der Erst- und Notversorgung, als Beratungs- und Informationsstelle und als Anwalt für alle Menschen in Notsituationen. Sie ist an allen Tagen im Jahr und rund um die Uhr geöffnet. Die Katholische und Evangelische Bahnhofsmission im Münchner Hauptbahnhof wird von Menschen besucht, die kein Obdach haben und dringend eines brauchen. Die Stadt München hat die Bahnhofsmission ermächtigt, "nicht erwerbstätigen, mittellosen EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern eine Fahrkarte bis zur Landesgrenze und in Ausnahmefällen auch zurück in den Heimatort" auszustellen. Allein im Zeitraum von Dezember 2012 vergangenen Jahres bis Februar 2013 wurden dort 259 Rückfahrscheine ausgegeben. Die meisten der Tickets gingen an Bulgaren und Rumänen.

#### Basisdaten:

- Einrichtung besteht seit 1897
- Geöffnet an 365 Tagen rund um die Uhr
- Niederschwelligste Notunterstützungs- und Basisversorgungseinrichtung
- Ökumenisch geführt (2 Träger: Katholische und Evangelische Bahnhofsmission).
- 150 MA (davon 120 Ehrenamtliche, die eine Aufwandsentschädigung von 7,20€/Stunde bekommen)
- Die Räumlichkeiten werden von der DB zur Verfügung gestellt, die auch die Betriebskosten übernimmt (In Österreich gibt es mittlerweile nur noch zwei Bahnhofsmissionen [Salzburg und Innsbruck]. Sie passen laut ÖBB nicht mehr in das neue Konzept.)
- Finanzierung: Stadt München und Kirchen
- Aufgabenbereiche: Neben der Beratung, Erst- und Notversorgung als Kernaufgaben, unterstützt die Bahnhofsmission im Auftrag der Bahn auch Reisende beim Ein-, Aus- und Umsteigen. Sie stellt im Bedarfsfall auch Rollstühle zur Verfügung und hilft in Notsituationen. Ebenfalls im Auftrag der Bahn gibt es seit 2012 einen sozialen Begleitdienst für alleine reisende Kinder auf zwei Bahnstrecken (München-Köln und München-Berlin). Minimalschlüssel dabei: 1 Ehrenamtlicher und 5 Kinder.

#### Kernkompetenzen im Zusammenhang mit Armutsmigration:

- 200 Klienten kommen pro Tag zur Essensausgabe (nur Notversorgung, kein warmes Essen), ca. 75% davon sind MigrantInnen, aber kaum BettlerInnen. Zahl im Zunehmen begriffen.
- Diese Notversorgung mit Nahrungsmittel ist die niederschwelligste Essensausgabe für Bedürftige in München. Es gibt im Unterschied zu der städtischen "Tafel" keine Voraussetzungen (Hartz IV Bestätigung), die erfüllt werden müssen.
- Schutzraum in Mission für Notübernachtungen
- Kälteschutz-Unterkünfte für obdachlose ZuwanderInnen und nicht anspruchsberechtigte Einheimische (die keinen Zutritt zu den regulären Obdachloseneinrichtungen der Stadt haben): Die Stadt München stellt insgesamt 450 Plätze in Notunterkünften (aufgelassene Kasernen etc.) zur Verfügung. Finanziert sind sie zu 100% von der Stadt, verwaltet werden sie von privaten Anbietern. Es gibt dort weder Betreuung noch die Möglichkeit, sich den Tag über dort aufzuhalten; und geöffnet werden die Unterkünfte erst ab einer Temperatur unter 0 Grad Celsius. Familien werden getrennt: es gibt Einrichtungen für Männer und welche für Frauen mit Kindern. Bis vor kurzem war die Mission zuständig dafür, die Einweisungsbescheide in diese Notunterkünfte auszustellen. Dieser Aufgabenbereich wurde zur neu geschaffenen Beratungsstelle für obdachlose Zuwanderer verlagert.
- Im Winter gibt es eine Nachmittagsbetreuung für Kinder (Besuch einer Schule ist grundsätzlich sehr schwierig)
- Tagessätze des Jobcenters werden an Wochenenden und Feiertagen auch in der Mission ausbezahlt
- Beratung und Perspektivenabklärung für EU-ArmutsmigrantInnen:
  - o Pragmatischer Ansatz: Was ist möglich und was nicht
  - o Rückkehrberatung und einmalige Finanzierung der Heimreise
  - Kooperation mit Jugendamt (im Falle von Kindeswohlgefährdung), Gewerkschaft (Beratung und Unterstützung von "SchwarzarbeiterInnen", die mit einem symbolischen Mitgliedsbeitrag von 1€ der Gewerkschaft beitreten können), Schiller 25 (Migrationsberatung wohnungsloser MigrantInnen), anderen Trägern etc.: Grundprobleme sind die sehr hohen Mietpreise und die geringe Anzahl freistehender Wohnung. An Transferleistungen ist für neu angekommene EU-

### Caritas München, Projekt "Bildung statt Betteln"

KURBESCHREIBUNG: Das Caritas-Zentrum Innenstadt startete 2009 das Projekt "Bildung statt Betteln", seit zwei Jahren wird es vor der Stadt München unterstützt. Zwei Mitarbeiter der Caritas beraten im Rahmen des Projekts die Zuwanderer in Fragen der Existenzsicherung, der Beantragung von Unterstützungsleistungen, des Kindergeldes oder der medizinischen Versorgung. Kinder und Jugendliche werden in Schulen vermittelt und arbeitsfähige Zuwanderer bei der Arbeitssuche unterstützt. Fast 90 Prozent der KlientInnen sind Roma. "Sie werden bleiben, weil ihnen in München immer noch besser geht als in Bulgarien", sagt der Projektmitarbeiter Nedialko Kalinov. "Also müssen wir dafür sorgen, dass wir die Armut durchbrechen und den Kindern durch Schulbildung eine Chance geben."

#### **Basisdaten:**

- Zielgruppe: NeuzuwanderInnen, die keinen Job und Anspruch auf Sozialleistungen haben. Zwei Gruppen: BulgarInnen und RumänInnen. 90% der BulgarInnen sind türkischsprachige Roma Phänomen der Kettenmigration (Mundpropaganda): die MigrantInnen kommen zum überwiegenden Teil aus zwei Städten: Omurtag und Pazardzhik. Großteil der KlientInnen aus Bulgarien sind Muslime, viele AnalphabetInnen, häufig auch kaum Bulgarischkenntnisse. Seit 3 Jahren migrieren auch RumänInnen. Unterschied: weniger Roma, etwas bessere Bildung.
- **Anreiz für Migration**: bessere Bedingungen, Kindergeld ("Wir gehen nicht zurück, wir haben in der Heimat nichts zu essen.")
- Ansatz: "Hilfe zur Selbsthilfe" KlientInnen sollen Wissen weitergeben bzw. befähigt werden, selbe Schritte das nächste Mal selbständig zu machen (sich gegenseitig weiter helfen).
- **Projektstart**: 2009 (als Initiative). Seit 2 Jahren reguläre, unbefristete Förderung durch die Stadt München (39 Wochenstunden). Im Plan: Informationscafé (es darf nicht Tagesaufenthalt heißen)

#### Angebote:

Beratung und Vermittlung:

- Wo gibt es welche Hilfen? Vermittlung:
  - o Über Einrichtung "Schiller 25": Vermittlung in den Kälteschutz
  - Ärzten der Welt, Malteser Migrantenbetreuung, (Medikamente, teils kostenlose Weitervermittlung zu ÄrztInnen)
- Einschulung und Einschreiben der Kinder in Schule, Kindergarten, Übergangsklasse: Ziel: Kinder bessere Zukunft ermöglichen:
- Deutschkurse
- Wohnungssuche
- Sozialrechtliche Ansprüche
- Was sind Rechte und Pflichten?
- Arbeit: Arbeitsgericht bei Lohndumping; (früher erhielten EU-Zuwanderer auch Unterstützung bei der Ausstellung von Gewerbescheinen; wurde eingestellt weil 90% Scheinselbständige waren)
- SchuldnerInnenberatung
- Jeden Mittwoch: Lebensmittelausgabe für 200-250 Personen (über Münchner Tafel).
- Nachmittagsbetreuung 2mal in der Woche für Kinder (Hausübung, Deutschkurs)

### Problemfelder und Herausforderungen:

- Wohnen: sehr angespannter Wohnungsmarkt zwingt ZuwanderInnen zum Campieren, Übernachten in baufälligen Häusern, Autos, Wohnheimen (bis zu 1000€ /1 Zimmer, Gemeinschaftsküche und Bad). Die meisten haben keine Chance auf Wohnung am freien Mietmarkt.

  Bayernkaserne (Stadt München): Unterbringung von rund 500 Personen. 2013: insgesamt 30.000 Übernachtungen
- Arbeit: ohne Qualifikationen und Deutsch kaum Jobchancen; türkischsprachige NeuzuwanderInnen haben Chance bei türkischen Firmen (z.B. Reinigungskräfte), aber sie werden häufig ausgebeutet (kein Arbeitsvertrag, geringer Lohn...). Strafgeld für Firmen: 5.000 Euro pro Monat (bei fast 20.000 € Gewinn durch fehlende Sozialabgaben, Steuerhinterziehung) daher nehmen einige Firmen das Strafgeld in Kauf. DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund): NeuzuwanderInnen werden mit symbolischen Betrag von 1 € pro Monat Mitglied (z.B. kann der Lohn dann eingeklagt werden). Bei Sozialversicherungsbetrug kann Zoll tätig werden. (Arbeitsunfälle!, Goethestraße: Treffpunkt für Taglöhner)

• **Gesundheit**: Europäische Krankenversicherung gilt nur für Notfälle (bulg. Krankenkasse kann deutsche Krankenhäuser zunehmend nicht bezahlen).

#### Ergebnisse der Dokumentation vom 25.11.2013 der Caritas Deutschland:

**2012:** 59.000 BulgarInnen eingewandert / 33.000 BulgarInnen ausgewandert

117.000 RumänInnen eingewandert / 71.000 RumnänInnen ausgewandert

**2013** München: 24.000 RumänInnen und BulgarInnen offiziell gemeldet. Dunkelziffer höher, weil viele sich nicht anmelden können. Schätzungen gehen von 30.000 aus. Mietvertrag bzw. Bestätigung von Vermieter ist Voraussetzung für die Anmeldung.

## 2. Tag: Mittwoch, 26. März 2014: Duisburg

### Duisburg: ZOF (Zukunft Orientierte Förderung e.v.) http://www.zof-online.de/

#### **KURZBESCHREIUNG** (entnommen der Homepage):

"ZOF e.V. ist ein anerkannter Träger der Kinder-, Jugend und Familienhilfe und ist überregional tätig. Durch zeitlich befristete Hilfeformen versetzen wir Kinder, Jugendliche, Familien und Eltern zielorientiert und prozesshaft in die Lage, ihren Lebensalltag ohne Begleitung und Unterstützung zu meistern. Seit Januar 2011 betreibt ZOF e.V. im Stadtteil Duisburg-Hochfeld eine Beratungsstelle für Bulgaren und Rumänen. In den letzten Jahren ist der Zuzug bulgarischer und rumänischer EU-Bürger stetig gestiegen und hat viele Probleme und Konfliktsituationen mit sich gebracht. Da vielen die finanziellen Mittel fehlen, mangelt es oft an den grundlegendsten Dingen wie Nahrung, Kleidung und medizinische Versorgung. Aus diesem Grund haben wir gemeinsam mit dem Jugendamt in Duisburg eine offene Beratungsstelle für Bulgaren und Rumänen die sich in diesem Stadtteil niedergelassen haben, errichtet."

80 MitarbeiterInnen aus 28 Nationen (fast alle FachmitarbeiterInnen (Sozialarbeit, Soziologie, Pflege, Pädagogen.....) mit entsprechender Ausbildung. Derzeit sind wir mit folgenden Sprachen und Kulturen aufgestellt: albanisch, arabisch, diverse afrikanische Sprachen, bulgarisch, deutsch, englisch, farsi, französisch, griechisch, italienisch, kroatisch, kurdisch, polnisch, portugiesisch, russisch, spanisch, serbisch, türkisch. Einer der Schwerpunkte ist die Arbeit mit den Zielgruppen der Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien mit muttersprachlichen MitarbeiterInnen."

#### Stadtteil Duisburg Rheinhausen/Problemhäuser:

Die Wohngegend ist geprägt von bürgerlichem Milieu – in dieser Wohngegend befinden sich zwei 6 stöckige Häuser ("Problemhäuser"). "Problemhäuser" sind schlechter bis kaum mehr bewohnbarer Leerstand, von dem es in Duisburg eine größere Zahl gibt (Strukturwandel). Diese Objekte sind tlw. ohne Wasser, Heizung, funktionierende Sanitäranlagen etc. Vermietung erfolgt trotzdem - manchmal auch als Matratzenlager (z.B.: € 150,-- pro Monat pro Matratze)

Beim konkreten Objekt ist der Erwerb durch den jetzigen Besitzer in einer Zwangsversteigerung erfolgt – schon vorher wurde das Haus hauptsächlich für die Unterbringung von Hartz IV EmpfängerInnen genutzt.

Festzustellen ist, dass oftmals im Zusammenspiel von überforderten Hausverwaltungen und schwer greifbarer Zuständigkeit innerhalb der Zielgruppe Kosten für Strom, Müllabfuhr, Wasser nicht bezahlt werden. Folge davon ist, das diese Gebäude von der Versorgung getrennt werden, oder z. B.: Besitzer die ausstehenden Kosten bezahlen müssen (im konkreten Fall € 55 000,-- durch den Besitzer).

Die beiden Problemhäuser haben insgesamt 75 Wohneinheiten (für ca. 300 Personen geeignet), in denen zu Spitzenzeiten 1700 Menschen gelebt haben. In 2 Jahren ungefähr 5000 verschiedene Menschen. Neben der Überbelegung sind Themen der Müllentsorgung, der Beeinträchtigung der Nachtruhe etc. bestimmend in der Wahrnehmung in der Nachbarschaft. Die Häuser sind inzwischen überwiegend leergeräumt (Unterbringung von Familien und Familienclans in anderem Wohnraum) und werden vermutlich abgerissen.

Kriminalität in der Umgebung ist in der konkreten Erfahrung kein wirklich größeres Thema. Sehr wohl sind Wahrnehmungen von Illegalität (Untertauchen etc.) gegeben.

Der Verein ZOF betreibt direkt neben den Häusern eine Anlaufstelle, mit Kinderbetreuungsangeboten, Deutschkursen etc.. Insbesondere ist er mit der "geordneten Absiedelung" der BewohnerInnen betraut.

#### Tätigkeitsfeld Zuwanderung:

Seit ungefähr 4 Jahren ist es eine Aufgabe des Vereines, ArmutsmigrantInnen aus Osteuropa (hauptsächlich Rumänien und Bulgarien) zu betreuen. Anfragen für diese zusätzlichen Leistungsfelder kamen überwiegend aus der Jugendwohlfahrt. Als erste Gruppe waren verstärkt Roma aus Bulgarien (meist Männer) zu beobachten (Tagelöhner, Arbeitsstrich....). Diese Menschen kamen und kommen meist aus dem bulgarisch/türkischen Grenzgebiet, sprechen türkisch und hatten im Vergleich zu den Roma aus Rumänien relativ hohen Bildungsstandard. Bei den Menschen aus Rumänien ist dies nicht der Fall – eine sehr hohe Zahl sind Analphabeten. In Duisburg kommt die überwiegende Zahl aus der Nähe von Bukarest – in der Wahrnehmung übersiedeln "ganze Dörfer". Erfahrung ist auch, dass die "Innenstruktur" der Gemeinschaften vorhanden ist, für BeraterInnen sind diese im Regelfall nicht zugänglich (eigene Rechtsprechung etc.).

Durch die geringe Kenntnis incl. Zugangsmöglichkeit ist die Sozialarbeit z.B.: bei Zwangsprostitution äußerst schwierig. Auch der beratende und begleitende Zugang zu Zwangsehesystemen etc. ist im Regelfall verwehrt – Verheiratungen von 12-14 jährigen Mädchen sind bekannt. (Beispiel: Großmutter mit 29 Jahren)

Auffällig ist, dass die Menschen der Arbeit nachziehen – andere Fragestellungen sind nachrangig. Familien reisen durch halb Europa (z.B.: Erntehelfer). Damit ist auch hohe Fluktuation der Zielgruppe verbunden.

Oftmals zwiespältiges Verhältnis zu Schulbesuch, Bildung – vor allem für Mädchen. Durch jahrhundertelange Ausgrenzung und Erfahrung, dass tägliches Überleben zu sichern ist, war längerfristige Perspektivenplanung nicht möglich. Dazu kommt als Folge der Diskriminierung die Erfahrung, dass auch mit einer Ausbildung nicht gesichert ist, dass ein Arbeitsplatz erreichbar ist. Besonders schwierig ist die Arbeit mit der Zielgruppe der 15-17 Jährigen – diese müssen zum Einkommen beitragen und können keine Ausbildungen abschließen. Das bestehende System der Wohnungslosenhilfe, Sozialberatung, Jugendwohlfahrt ist mit dieser Thematik deutlich überfordert.

### **Situation in Duisburg:**

Derzeit monatlicher Zuzug in die Region von ca. 600 Personen der Zielgruppe davon ca. 300 Kinder. Bestehende Zahl an ArmutsmigrantInnen ca. 11 000 (überwiegend Roma). Zahlen stammen von Meldebehörde.

#### Warum kommen die Menschen?

- Leerstand an Wohnungen mit einem höheren Anteil an schlechtem Standard.
- Besitzer/Vermieter sind Privatpersonen oder Immobilieninvestoren die tlw. überfordert sind, die Immobilien zu vermieten daraus entsteht die Vermietung an "Zwischenmieter", die dann wieder untervermieten. Daraus kann dann sehr schnell Überbelegung mit entsprechenden Folgen entstehen.
- "Kettenmigration" nach Zuzug von Einzelpersonen nach und nach gesamte Familienverbände, Clans....
- Kindergeldbezug in Deutschland relativ leicht möglich nach Aussage ZOF reicht meist eine Meldebestätigung auf "irgendeiner" Adresse. Kindergeld wird als Einkommen gesehen
  - o Pro Kind € 184, ab 4. Kind € 250 pro Kind
- Bekannt ist auch der "Geburtstourismus" mit den Begleiterscheinungen des Rücklassens von Kindern etc. (So sind z.B. im Jahr 2013 8 Kinder in Duisburg in den Krankenhäusern zurückgelassen und zur Adoption freigegeben worden)

### Warum bleiben die Menschen?

- Perspektiven sind in Deutschland besser als im Heimatland
- Sozialsystem und Zugang zu Sozialleistungen (z.B.: Kindergeld); bei Kindergeld (bei 4-6 Kindern) kommt ein Basiseinkommen zusammen, das einen Zuzug nach Deutschland attraktiv macht.

Aus Sicht von ZOF ist dazu eine offene Diskussion notwendig. Zu dieser offenen Diskussion gehört auch die Wahrnehmung krimineller Strukturen (von Sozialbetrug, Ausnutzung von Arbeitskräften bis Menschenhandel, Prostitution etc.)

#### Wovon wird gelebt?

Grundsätzlich ist zu sagen, dass die meisten Familien, die derzeit kommen, wenig bis gar keine finanziellen Mittel haben. Auch kommen sie nicht immer direkt aus den Heimatländern, sondern aus anderen EU-Ländern.

- Schattenwirtschaft
- Reinigungsgewerbe (legal und illegal)
- Schrottsammler als Gewerbe
- Straßenmusik
- Zusatzeinkommen: Bettelei
- Straftaten (Einbruch, Geldautomatendiebstähle, Eigentumsdelikte)

#### Situation der Kinder:

Vor allem die Situation der Kinder ist prekär. Viele der Kinder haben selten oder noch nie eine Schule besucht. Ungeklärt ist auch die medizinische Basisversorgung, da viele der betroffenen Gruppen nicht oder nur zu einem ganz geringen Teil krankenversichert sind. Über eine auf stark ehrenamtlicher Basis organisierte Minimalversorgung hinaus ist derzeit kein finanziertes Programm möglich. Gewalt gegen andere Menschen, die nicht der eigenen Volksgruppe angehören, ist selten. Innerhalb der Volksgruppe wesentlich öfter – Regelung mit den "Gesetzen" der Volksgruppe. Anzeigen sind innerhalb der Volksgruppe praktisch nicht vorhanden.

#### Krankenversicherung:

Im Fall, dass Personen eine bulgarische Krankenversicherung haben, ist der derzeitige Stand, dass die bulgarische Krankenversicherung die Kosten nach den Ersätzen in Bulgarien finanziert. (Versicherung in Bulgarien kostet ca. € 5 pro Monat). Für Rumänien besteht eine solche Regelung nicht. Konkret bleibt das bestehende Gesundheitssystem oftmals auf den Kosten sitzen − gegengesteuert wird mit Versuchen, die Herkunftsländer stärker in die Pflicht zu nehmen (z.B.: Rechnungen an staatliche Versicherungsadressen in den Herkunftsländern). Dringend notwendig wären der Ausbau und die Absicherung der Gesundheitsversorgung und Klärung der genauen Leistungen aus der europäischen Krankenversicherung.

#### **Arbeitsmarkt:**

Zugang zum Arbeitsmarkt besteht grundsätzlich, wobei durch das geringe Bildungsniveau sehr geringe Chancen bei gleichzeitiger hoher Konkurrenz bestehen. Festzustellen ist bei Bulgaren eine enge Korrelation mit türkischen Firmen, die die Menschen legal und illegal beschäftigen. Meist ist dies im Reinigungsgewerbe, Subunternehmen im Baugewerbe sowie in der Zerlegeindustrie in großen Schlachthöfen der Fall. Verbunden damit auch alle illegalen und bekannten Phänomene. (Stundenlohn 2 -3 €)

#### **Deutschkurse und Kinderbetreuung:**

Durch Volkshochschule – ca. 3-6 Monate Dauer – Problem der Fluktuation – dadurch geordneter Lehrbetrieb schwierig. Bereitschaft zur Teilnahme ist gegeben. Bei der Kinderbetreuung wird Angebot angenommen. Kombination mit Versorgung (Essen/Jause,....) ist wichtig und erhöht Akzeptanz. Mit den konkreten Angeboten können nicht alle Bedarfe abgedeckt werden.

#### Weitere Problemfelder:

- Zahl der minderjährigen Schwangeren steigt stark an
  - Vormundschaft des Jugendamtes mit allen weiteren Themenstellungen (Vaterschaft, Strafrecht etc.)
- Impfprogramme erreichen auch Kinder nicht
  - o Eigenen Maßnahmen (Impfbus) der Jugendwohlfahrt
- Fehlende Krankenversicherung, wobei in Bulgarien Rentner; schwangere Frauen und Kinder bis 18 Jahre automatisch versichert sind, wenn die Geburt in Bulgarien erfolgt war.
- In Rumänien ähnliche Regelung, aber keine Bezahlung durch Rumänien (Deswegen wird geraten, nach Geburten so schnell als möglich in das Heimatland zu fahren, um die Anmeldung sicherzustellen).
- Kosten für das Gesundheitssystem in Duisburg: Offizielle Zahl 2012 € 12, 5 Millionen
- Muttersprachliche Information und Beratung fehlt in vielen Bereichen ist Basis für nähere zielgerichtete Arbeit (Arbeitsagentur hat in Duisburg 30 muttersprachliche BeraterInnen eingestellt)
- Betteln: Ist als Thema bekannt kein größeres Problem auch grundsätzliche Akzeptanz mit den bekannten Diskussionen dazu; Betteln mit Kindern ist verboten und wird auch angezeigt etc..

#### Methode der Arbeit mit und für die Zielgruppe:

- Sozialarbeit überwiegend muttersprachlich (Kenntnis der kulturellen Situation ist Bedingung)
- Bedingung ist die Einbindung der "Nachbarschaft" (Steakholder) und die Leistungsausrichtung, auch für diese Gruppen Anlaufstelle zu sein.
- Ziel ist Integration in Schule, Wohnraum, Arbeitsmarkt
- Ermutigung und Anregung deutsch zu lernen (für alle Altersgruppen)
  - o Muttersprachliche Arbeit ist Ausnahme (aus der Not heraus)
  - Wenn möglich erfolgt die Arbeit auf deutsch
- Enge Zusammenarbeit aller Akteure (Sozialarbeit, Stadt, Ordnungsamt, Polizei, etc.) in offener Kommunikation und Maßnahmenplanung
- Begleitende Arbeit zum Jugendamt das Kontrollauftrag hat (muttersprachliche Begleitung wird angeboten und ist oftmals notwendig)
- Vermittler und Begleiter bei Behörden (Posterklärung etc.)
- Aufbau von Kontaktnetzen und Projekten in den Heimtaländern erfolgt langsam

### Caritas Dortmund (Netzwerk EU-Armutszuwanderung Dortmund)

#### **KURZBESCHREIBUNG:**

Caritasverband Dortmund e. V. Soziale Fachberatung im Bernhard – März – Haus. Fachdienst für Integration und Migration. INTEGRATIONSAGENTUR. Stadtteilarbeit / Vermittlung von Hintergrundwissen / Schulungen / Netzwerkarbeit / Austausch / Kooperation

#### Bernhard März Haus:

Das Bernhard März Haus befindet sich in Dortmund in der sog. "Nordstadt", einem Stadtteil mit einem besonders hohen Anteil an langzeitarbeitslosen Menschen und an ZuwanderInnen. Dortmund hat ca. 570.000 EinwohnerInnen, 5.000 Menschen mit osteuropäischer Staatsbürgerschaft (überwiegend Rumänien und Bulgarien) leben hier. Bei dem Treffen präsentiert sich uns ein Netzwerk aus Caritas Dortmund, Caritasverband Paderborn, Diakonisches Werk Dortmund, GrünBau GmbH (Arbeitsintegration, Jugendhilfe, Berufshilfeträger), Sozialplanung der Stadt Dortmund. Caritas (Frank Merkel) und Diakonisches Werk (Uta Schütte-Haermeyer). Sie stellten gemeinsam die Arbeit des Dortmunder Netzwerk EU-Armutszuwanderung vor, das noch weitere Träger und Institutionen als die anwesenden umfasst.

#### Die Integrationsarbeit in Dortmund basiert auf 3 Säulen:

- Bundesgeförderte Programme zur Erstintegration für Neuzuwanderer
- Programme der Integrationsagenturen der Länder (hier: Nordrhein-Westfalen), die sich vor allem auf Stadtteilarbeit, auf größere Zusammenhänge beziehen. Dieses Angebot richtet sich an Menschen, die schon länger in der Stadt sind.
- Flüchtlingsarbeit, Flüchtlingsberatung mit den Aufgaben Verfahrensberatung, allgemeine Sozialberatung und Rückkehrberatung.

Das Ruhrgebiet ist historisch - durch Kohlebergwerke und Industrie – bedingt, eine Region mit viel Zuwanderungserfahrung. "Integration können wir", konstatieren unsere GastgeberInnen selbstbewusst. Die Zuwanderung aus Südosteuropa fordert aber auch Dortmund in besonderer Weise. Not und Überforderung haben zu einer intensiven Zusammenarbeit zwischen ganz unterschiedlichen Trägern und der Stadt geführt, aus der sich inzwischen ein tragfähiges Netzwerk entwickelt hat. Es bestehe "kein Grund zur Panik, aber auch kein Grund zur Verharmlosung." Ganz zentral in der Arbeit des Netzwerkes: die **Arbeit an der Haltung** zum Thema Umgang mit Armutsmigration. "Wir reden hier nicht von Hartz IV Armut, sondern weit darunter." Die Grundhaltung: "Wir gehen davon aus, dass wir es mit Roma zu tun haben. Minderheiten zu integrieren ist **eine europäische Aufgabe.**"

Im Dortmunder "Netzwerk EU-Armutsmigration" wurden gemeinsam (16 Wohlfahrtsverbände), **Thesen**formuliert, die den **Zugang zur Arbeit mit Zuwanderern** aus **Südosteuropa** beschreiben.

- Für die Zuwanderer steht die Frage nach Arbeit im Zentrum, nicht Sozialleistungen.
- Sie wollen bessere Perspektiven für ihre Kinder (als dies in ihren Herkunftsländern möglich ist.)
- Möglichkeiten für Integration sind kaum vorhanden.
- Zuwanderer aus Südosteuropa sind in besonderer Weise von prekären Wohn- und Arbeitsverhältnissen betroffen.
- Die Zuwanderer haben oftmals falsche Vorstellungen über die Arbeitssituation (wenn sie ohne Unterlagen, Ressourcen, Kenntnisse kommen).
- Die Gesundheitsversorgung dieser Gruppe von Zuwanderern ist besonders prekär (keine Krankenversicherung, nur Notversorgung).
- Es gibt kaum Unterbringungsmöglichkeiten in frühkindlichen Bildungseinrichtungen.
- Die schulische Bildungsintegration und Begleitung schafft (über die Schulpflicht) einen Zugang zu Kindern und Frauen. Für Männer gibt es keine spezifischen Angebote.
- Das Zusammenleben im Stadtteil ist schwierig, v.a. aufgrund der Konfrontation mit absoluter Armut und ihren Auswirkungen.
- Die Nothilfeeinrichtungen sind völlig überfordert. In Nothilfeeinrichtungen sollten Zuwanderer im Ausnahmefall aufgenommen werden, tatsächlich wurden sie von Hilfesuchenden überrannt→ Konsequenz daraus: es wurde der Nothilfe ein Clearing vorgeschaltet (um zu klären, wer Angebote in Anspruch nehmen kann)

# Diskussion: Ist es für kirchliche Träger vertretbar und verantwortbar zwischen anspruchsberechtigten und nicht anspruchsberechtigten Menschen zu unterscheiden?

Zuwanderer sind zumeist "nicht anspruchsberechtigt". Im Vergleich zu Duisburg scheint auch der Zugang zum Kindergeld (je Kind 184.-€) anders bzw. schwieriger zu sein. Laut "ZOF" reicht in Duisburg eine amtliche Meldeadresse für den Bezug des Kindergeldes, in Dortmund hingegen braucht es zusätzlich auch einen

Einkommensnachweis, so die anwesenden VertreterInnen der Träger und der Stadt. Das Ziel der Stadt: es darf keine Verdrängung der Anspruchsberechtigten stattfinden. Wenn ab 22.00 Uhr ein Platz in der Notschlafstelle frei ist, können nicht Anspruchsberechtigte den Platz haben.

Prinzipiell gibt es in Dortmund günstigen Wohnraum: EUR 5.-- bis 6.--/m² Miete kalt, der kommunale, soziale Wohnbau geht aber zusehends zurück. Vielfach werde den ZuwanderInnen noch in ihren Herkunftsländern Arbeit und Wohnmöglichkeiten in Deutschland versprochen, ihnen dann der Pass abgenommen, sie in Abhängigkeitsstrukturen gebracht. Generell ist fest zustellen, dass die meisten ZuwanderInnen mit falschen Vorstellungen vom "Westen" einreisen. Dem kann nur mit Information (was ist möglich? Chancen, Risiken) zu einem frühen Zeitpunkt begegnet werden, nach Möglichkeit bereits in den Herkunftsländern. Hier brauche es strukturelle Lösungen. Nothilfe wird nicht als Lösung gesehen, weder von der Stadt, noch von den NGOs. Nothilfe verstelle den Weg zu strukturellen Lösungen.

#### Bisher gewählte Handlungsansätze:

- Offizieller Beginn der gemeinsamen Anlaufstelle (finanziert mit Mitteln der EU und der Kommune) 1.4.2014
- Projekt "Schrittweise"(Information für Eltern schulpflichtiger Kinder aus Rumänien und Bulgarien: Möglichkeit zur muttersprachlichen Beratung, Information zum deutschen Schulsystem, Begleitung zu Elterngesprächen in der Schule, …)
- Netzwerk EU-Armutsmigration
- Projekt RoMann, um bildungsbezogen einen Zugang zu Männern zu finden
- Beratungsstelle und Kompetenzfeststellung für Arbeitsmarkt
- Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (Beratung zu Deutsch lernen / Schule, Ausbildung, Beruf / Sicherung Lebensunterhalt / Ehe, Partnerschaft, Familie / Wohnen / Gesundheitsfragen / Zusammenleben und Freizeit)
- Nothilfe der Wohnungslosenhilfe
- Stadtteilvermittler: MigrantInnen suchen MigrantInnen auf → Arbeitsmarktprojekt
- MultiplikatorInnenfortbildung gemeinsam mit einem Rom
- Vorbereitung eines transnationalen Austausches (u.a. mit "Herkunftsstädten" der ZuwanderInnen, konkret zu Caritas Sofia und Verein der Freunde von Stolipinovos)

#### Ziele der ab 1.4. neu eingerichteten Anlaufstelle:

- ZuwanderInnen frühzeitig erreichen
- Aufsuchende Arbeit → Vertrauen aufbauen
- Kompetenzfeststellung → was brauchen Menschen, um im Arbeitsmarkt anzukommen? (in Dortmund gibt es 20.000 Arbeitsplätze für ungelernte Kräfte, dem stehen 40.000 InteressentInnen für diese Arbeitsplätze gegenüber)
- Perspektivenberatung: Menschen kommen oftmals mit unrealistischen Hoffnungen

Grundsätzlich schildert das Netzwerk, dass Menschen dahin gehen, wo sie Arbeit bekommen. Demzufolge braucht es Bildungsangebote, Qualifizierungsangebote und Mobilitätsunterstützung. (→ Bei jungen Menschen stellt sich die Frage: was bietet das Regelsystem an Möglichkeiten zur Bildung und Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt? Wo braucht es flankierende Maßnahmen?)

Ganz zentral wird dargestellt:

- Stadtteilarbeit: Begegnungsräume schaffen
- Schulungen, Vermittlung von Hintergrundwissen, um schwarz-weiß-Sichtweisen zu überwinden und die Diskussion zu versachlichen
- Netzwerkarbeit, um geeignete Kooperationspartner zu finden und den Überblick zu behalten.

#### Herkunftsländer der Zuwanderer in Dortmund:

- Rumänien, Bulgarien, Spanien, Italien
- Für Bulgaren ist die starke türkische Community wichtig.
- Die Staatsbürgerschaft ist oft nicht mit dem Ausreiseland ident, weil z.B. viele Roma einen rumänischen oder bulgarischen Pass haben, die letzten Jahre aber in Spanien verbracht haben und von dort nach Deutschland gereist sind.
- Man geht da hin, wo man schon wen kennt.

#### **Sozialplanung Stadt Dortmund:**

Die Leiterin der Sozialplanung der Stadt Dortmund (Dezernat für Arbeit, Gesundheit und Soziales), Christiane Certa stellt sich als Teil des Netzwerkes vor. Sie legt grundsätzliche Positionen der Herangehensweise im Umgang mit EU-Armutszuwanderung in Dortmund dar und erläutert dann die Handlungsfelder und konkreten Maßnahmen auf den unterschiedlichen Ebenen. EU hat Beitritte der südosteuropäischen Staaten entschieden, der Bund hat zugestimmt. Damit können sich EU und Bund nicht aus

der Verantwortung nehmen. Die EU hat den Fokus auf dem wirtschaftlichen Bereich, ein Konzept zur sozialen Integration gibt es nicht. Daher liegt es an den Kommunen zu benennen, was die Problemfelder sind und gemeinsam nach Lösungsansätzen zu suchen.Bei der Lösungssuche leiten folgende zwei Fragen:

- Was ist das Ziel, wohin wir wollen?
- Was ist das Ziel, wohin wir können?

Ziel ist es, Bund (Berlin) und Land (NRW) den Blick auf die Problemlagen in den Nachbarschaften zu öffnen und ihre (Mit-)Verantwortung einzufordern. Die Zusammenarbeit in dem Netzwerk zielt darauf ab, Strukturen zu schaffen, um gemeinsam Probleme zu lösen und gemeinsam politische Lösungen zu finden. Dazu gehört die Verantwortungsbereitschaft aller, - der Stadt, des Bundes, der EU und der NGOs. Die Dimensionen im Umgang mit EU-Armutsmigration, die von der Sozialplanung der Stadt Dortmund in Kooperation mit den unterschiedlichen Trägern verfolgt werden, finden sich in der Graphik im Anhang, systematisch dargestellt entlang der Achsen Handlungsfelder und Maßnahmen (auf den unterschiedlichen Ebenen). → Anhang: Strukturen Handlungsfeld EU-Armutsmigration

#### Erkenntnisse in der Zusammenarbeit zwischen Trägern und öffentlicher Hand

- Netzwerkarbeit auf Augenhöhe: Stadt und NGOs respektieren sich und übernehmen gemeinsam Verantwortung. NGOs kompensieren nicht Verantwortung der Stadt bzw. generell der öffentlichen Hand
- Arbeitsteiliger Zugang: es machen nicht alle alles.
- Die Verantwortungskette der öffentlichen Hand wird konsequent eingefordert: die EU hat zwar den Fokus auf der Wirtschaft. Es wird aber weder der EU, noch dem Bund zugebilligt, sich aus ihrer Verantwortung hinsichtlich der sozialen (Aus-)Wirkungen zu entziehen. Es besteht eine bestechende Klarheit darin, dass Integration von Minderheiten eine europäische Frage ist, auch wenn sie praktisch in der Kommune wirksam wird.
- Es gibt klare Regeln, die gelten, egal für wen: z.B. Schulpflicht oder Kinderschutz. Ein Verstoß gegen diese Regeln wird nicht toleriert. Meldungen an die Jugendwohlfahrt, Ausschluss von Programmen sind klare Konsequenzen. Hier wird die Kommunikation auf Augenhöhe sehr konsequent auch gegenüber den Zuwanderern gelebt.
- Wenn Kinder und Jugendliche Zugang zum Bildungssystem haben, steigen die Chancen auf spätere Integration am Arbeitsmarkt
- Das Gesundheitssystem muss auch für MigrantInnen zur Verfügung stehen
- **Information** über realistische Perspektiven im "Westen" sollte nach Möglichkeit in den Herkunftsländern beginnen

#### 4. Tag: Freitag, 27. März 2014: Berlin

#### südost Europa Kultur e.V (www.suedost-ev.de):

#### **KURZBESCHREIBUNG:**

südost Europa Kultur e.V. verbindet psycho-soziale Arbeit, kulturelle Aktivitäten und gesellschaftliches Engagement zu einem Gesamtkonzept. Wir stehen für Integration durch Beratung, Betreuung, Bildung und Beschäftigung. Tief verbunden fühlen wir uns Flüchtlingen, die der besonderen Unterstützung bedürfen. Wir sehen uns der Förderung von Völkerverständigung, Frieden und Demokratie verpflichtet und unsere Arbeit richtet sich explizit gegen Nationalismus, Rassismus und Diskriminierung jeglicher Art. Projekt: Maßnahmen zur Stärkung der Roma-Community in Berlin – insbesondere aufsuchende Sozialarbeit und Aufbau von Selbsthilfestrukturen (südost-ev.de)

#### Projekte

- *südost Zentrum:* Interkulturelle Begegnungsstätte, die Angebote in den Bereichen Bildung, Betreuung und Beratung (juristische, soziale, therapeutische) stellt.
- Interkultureller Garten Rosenduft: Das Projekt Interkultureller Garten Rosenduft ist für traumatisierte Frauen aus Bosnien und Herzegowina entwickelt worden, damit sie in Berlin ein Stück Land bearbeiten, hier Wurzeln schlagen und Kontakte zu Nachbarn aufbauen können.
- Junge Roma in Berlil: Berufliche Orientierung von Jugendlichen (ca. 20 Plätze) aus Südosteuropa und Polen, insbesondere Roma, mit sozialpädagogischer Betreuung unter Einbeziehung der Familien. Gesellschaftliche Orientierung für Jugendliche aus Südosteuropa und Polen, insbesondere Roma, und deren Familien / Krisenintervention bei Antiziganismus. Das Angebot gilt für 9 Monate, wobei nach 6 Monaten der Ort gewechselt wird (im Sinne eines Schulbesuchs, Praktikus, o.ä.). Bedingung ist die Bereitschaft der Eltern mitzuarbeiten. Es werden auch Hausbesuche und Begleitungen durchgeführt. Ziel ist unter anderem Vorbilder innerhalb der Community zu haben. Die Akquise ist nicht einfach, da

- bspw. unbezahlte Praktika in der Community nicht bekannt sind, und für die Eltern ein Arbeitstag ohne Bezahlung ein verlorener Tag ist ...
- *Neue Heimat Berlin*: Unterstützung bei der Integration von MigrantInnen aus Staaten des ehemaligen Jugoslawiens mit dauerhaftem Aufenthalt in Berlin.
- Modellprojekt: Maßnahmen zur Stärkung der Roma-Community in Berlin insbesondere aufsuchende Sozialarbeit und Aufbau von Selbsthilfestrukturen: Familiensozialarbeit, Alphabetisierungskurse, Aufbau von Selbsthilfestrukturen.
- Deutsch-Integrationskurse
- Ferienschule: Heranführung an schulische Strukturen und Spracherwerb, Elternbetreuung. Schulmaterial, Kleidung und Verpflegung können beigestellt werden
- Wegeplanung südost: Abklärung psychischer Störungen bei Probanden der Bewährungshilfe für Jugendliche und Heranwachsende.
- Roma-Horizonte: Empowerment für Roma-Familien
- *Mobile Anlaufstelle Berlin* für europäische Wanderarbeiter/innen und Roma; Konfliktintervention gegen Antiziganismus.
- *Mobile Anlaufstelle Bezirk Mitte* für europäische Wanderarbeiter/innen und Roma; Konfliktintervention gegen Antiziganismus
- Erzählen gegen den Krieg: Überlebende des Zweiten Weltkrieges, der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien in den 1990er-Jahren und aus heutigen Konflikten schildern ihre persönlichen Erlebnisse.
- Bildung ist Zukunft, eine Chance für Roma-Kinder: Grundschulbildung für Roma-Kinder in Bosnien und Herzegowina
- Familienhilfe

#### Zur Lage der ArmutsmigrantInnen in Berlin:

Zurzeit leben in Berlin ca. 25.000 Roma ohne Deutsche Staatsbürgerschaft. Auffällig werden diese nur durch den Mangel an leistbarem Wohnraum und die dadurch verursachte Wohnungslosigkeit. Die Menschen bestreiten ihren Lebensunterhalt mit Betteln und/oder dem Verkauf von Straßenzeitungen. Viele sind auch in den Bereichen Reinigung, Landarbeit, Fensterreinigung mehr oder weniger legal beschäftigt. Es kommt in den Bereichen der Arbeit, aber auch vor allem im Bereich Wohnen ("Schrottimmobilien" zu überhöhten Preisen) immer wieder zu Ausbeutung; durch die Herkunft vieler BulgarInnen aus türkischsprachigen Gebieten kommt es sehr häufig zur Ausbeutung durch ansässige Türken, bzw. Deutschtürken. Ein weiteres Problem stellt die Schwierigkeit der Gesundheitsversorgung wegen des fehlenden Versicherungsschutzes dar. Der Bezug von Kindergeld ist auch eine Einnahmequelle, die Voraussetzungen sind nach Angabe der Gastgeber offenbar um einiges schwieriger zu erfüllen als bspw. in Duisburg (so besteht angeblich in Berlin Bestätigungspflicht durch VermieterInnen bei polizeilicher Meldung).

#### Problemfelder und Handlungsansätze:

- Seit 6 Jahren beobachtet der Verein eine Zuwanderungswelle "randständiger" Menschen. Die Motivation für diese Zuwanderung liegt in erster Linie im Bestreben der Menschen, ihren Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Die Gruppe der Zuwanderer ist heterogen, es kommen Einzelpersonen, Familien mit und ohne Kinder.
- Bisherige Konzepte passen nicht!
- Roma werden als kollektiv traumatisierte Gruppe wahrgenommen. Dies vor allem durch die Verfolgung im dritten Reich bedingt, aber auch durch die jahrhundertelange Diskriminierung und Versklavung. Aus dieser Rolle heraus wird auch das diskriminierende Verhalten von Roma gegenüber Nicht-Roma erklärt.
- Die Hauptaufgabe sieht der Verein im Angebot von Vermittlungsdiensten zu Unterkünften, Versorgung, Sprachförderung, ...
- Ein Merkmal ist auch die aufsuchende Arbeit. So werden SozialarbeiterInnen zu Plätzen geschickt an denen sich Roma bevorzugt treffen.
- Nachdem das Wohnproblem das auffälligste ist, kommt es immer häufiger zu Kooperationen zwischen Wohnbaugesellschaften und Anbietern von sozialpädagogischer Begleitung.
- Der Verein versucht "Kommunikation auf Augenhöhe" (damit meinend, dass Roma alle Rechte, aber auch alle Pflichten, wie zum Beispiel Schulbesuch, zuzuerkennen sind), Ressourcenorientierung und Eigenverantwortung in seinen Angeboten zu den Leitmotiven zu machen.
- Ein Anliegen des Vereins ist auch die politische Bildung. So wird gemeinsam mit Jugendlichen "100 Minuten Tagesschau" angeschaut und die Themen danach so lange besprochen, bis alle den Inhalt verstanden haben.
- Wichtig ist auch die gesellschaftliche Aufklärung (Stichwort: Mülltrennung).
- Grundsätzlich gilt auf jeden Fall die Einhaltung geltender Gesetze (also Meldung an die Behörden bei Verdacht auf Zwangsheirat, u.ä.). Wenn die Zusammenarbeit verweigert wird, kommt es von Seiten des Vereins zur Aufkündigung der Zusammenarbeit mit den betroffenen Personen.

- Viele Probleme im Zusammenleben entstehen nicht primär aus der Armutszuwanderung, sondern aus der Landflucht in die Städte.
- Wichtig, insbesondere zu Beginn, ist die Orientierung: was ist zu tun, was ist möglich, was wollen die Zuwanderer? Grundsätzlich ist zu beobachten, dass Roma, wenn ihnen die Möglichkeit der Integration geboten wird, bleiben und nicht weiterwandern.
- Nach wie vor schwierig ist die Jobvermittlung. Viele Roma landen auch in der Prostitution. Andere bei Reinigung oder Fleischverarbeitung. Betteln ist im Berlin im Moment rückläufig. Besonders im Sommer kommt es zu einer zusätzlichen Arbeitsmigration wegen der Saisonstellen (Baustellen, etc.)
- Um die Zielgruppe zu erreichen, gibt es ein enges Netzwerk von NGOs, Verwaltung und Polizei. Die Zusammenarbeit ist allen Akteuren wichtig.

#### Größte Herausforderungen:

- Gegenseitiges Misstrauen von Roma und Nicht-Roma
- Angst der Behörden vor Pull-Faktoren
- Ressentiments (erfolgreiche Roma wollen sich deswegen nicht "outen", und so fehlen wichtige Rolemodels)
- Besondere Situation der Roma als 12 Millionen große Gruppe ohne Land mit mehrhundertjähriger Geschichte der Verfolgung

#### Persönliche Schlussfolgerungen der TeilnehmerInnen:

- Im Vergleich zu Österreich sind die Dimensionen der Armutsmigration in Deutschland um ein Vielfaches größer. Es ist auch legitim, die Gruppe der Roma namentlich so zu nennen, ohne dass dies zu einer Diskriminierung der betroffenen Menschen führt. Zuwanderer sind keine Transitmenschen, sondern suchen hier ihre Lebensperspektive zum Unterschied in Österreich, daher geht es meistens auch um eine Integrationsperspektive.
- In Österreich nicht so übliche Begrifflichkeiten wie Schrottimmobilien, Problemhäuser und Kettenmigration wurden häufig verwendet.
- Deutschland bekennt sich als Zuwanderungsland und geht von dieser Haltung und den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte anders an die Arbeit mit den Menschen heran. Es geht im Wesentlichen um die Zukunftsperspektiven wie Arbeit, Kindeswohl und Wohnen. Eine wichtige Haltung ist immer der Kinderschutz, dies wird auch von der Jugendwohlfahrt als sehr wichtig erachtet. Der verpflichtende Schulbesuch wird sehr ernst genommen.
- Vernetzung und Kommunikation in partnerschaftlicher Form als wertschätzendes Prinzip! Sowohl NGO's wie Behörden, aber auch die betroffenen Menschen (KlientInnen) kommunizieren auf Augenhöhe. Bei der Bearbeitung der Probleme (Problembezirke und -häuser) werden auch Anrainer und Vermieter beteiligt (Involvierung).
- Die öffentliche Hand ist sich viel mehr ihrer Verantwortung bewusst und nimmt diese auch aktiv und gestalterisch wahr. Immer wieder wird von der sozialen Dimension der EU gesprochen. EU ist nicht etwas Losgelöstes, sondern wird in der regionalen Politik verankert.
- Beratung, muttersprachlicher Zugang zu den betroffenen Menschen ist ein wichtiges Angebot und meist direkt in den Problemzonen angesiedelt. Auch nachgehende, auf- suchende Arbeit ist ein wichtiges Thema (Vertrauen aufbauen). Vor allem geht es um Perspektivenberatung und Hilfestellung, sich im neuen Zuwanderungsland zurechtzufinden (Rechte und Pflichten werden kommuniziert).
- Zugang zu Kindergeld, wenn auch mit unterschiedlichen Hürden in den Städten, ist ein wichtiger ökonomischer Aspekt. Bei der Betreuung der Kinder ist immer der Ansatz wichtig, die Eltern zu involvieren.
- Betteln spielt eine untergeordnete Rolle. Beschäftigung und Arbeitsvermittlung, wenn auch in prekären Arbeitsverhältnissen, finden oft in der türkischen Community mit 2-3 € Jobs statt. Das ist die Realität. 1 Euro symbolischer Gewerkschaftsmitgliedsbeitrag sichert diesen Menschen auch eine rechtliche Vertretung (am Beispiel München)
- Die einzelnen Hilfsorganisationen haben nicht den Anspruch alles zu machen. Zuerst werden die eigenen Kernziele definiert, danach stark vernetzt und kooperiert. Auch Scheitern und "Nein"-sagen oder Abbruch der Betreuung gehören zur Realität. (Frühe Verheiratung der Mädchen und das saisonale Weiterziehen bedingt durch Arbeitsangebote in Spanien und Portugal erschweren die Arbeit.)
- Es gibt öffentliche Förderungen für Integrationsprojekte und Beratungsstellen; hier muss es in Ö ein Umdenken geben und ein gemeinsames Verständnis der Kommunen und NGOs
- Die Winterhilfe in Wien kann sich sehen lassen im Vergleich zu den Wahrnehmungen (und Regelungen) etwa in München
- Es gibt keinen Grund zur Panik, aber auch keinen Grund zur Verharmlosung
- Es braucht eine gute Vernetzung von Behörden, NGOs, und Ordnungshütern
- Es braucht eine Haltung, die Integration und Willkommenskultur im Focus hat

- Ich war erstaunt, wie offen mit dem Thema Armutsmigration in Deutschland umgegangen wird, insbesondere beeindruckten mich die "runden Tische", bei denen Vertreter der öffentlichen Hand und NGO's gemeinsam Lösungen suchen.
- Mitgenommen habe ich jedenfalls, dass soziale Probleme über Grenzen hinweg thematisiert und bearbeitet werden müssen
- In Relation zu Deutschland haben wir "kein Problem"; aber anhand der Situation der deutschen Städte wird sichtbar, wie sich die Situation noch weiterentwickeln könnte und dass es wichtig ist, rechtzeitig Angebote im Bereich Basisversorgung und Integration zu setzen.
- Beratungs- bzw. Ausbildungsprojekte in den Hauptherkunftsregionen der ArmutsmigrantInnen initiieren ( alle Städte/ Organisationen in Deutschland starten nun Projekte in diesem Bereich)
- Auf die Bedürfnisse der Gruppe der Roma einzugehen, ohne sie zu stigmatisieren
- Beratungszentrum (zentrale Anlaufstelle) mit aufsuchender Sozialarbeit von muttersprachlichen BetreuerInnen als primäres Basisangebot (mit Dolmetschern zu arbeiten gestaltet sich v.a. bei einer Zielgruppe, die ein großes Misstrauen gegenüber Behörden, Projekten etc. an den Tag legt, sehr schwierig und steht dem Aufbau eines Vertrauensverhältnisses oft im Wege)
- Ein Teil der EU-ArmutsmigrantInnen wird sich dauerhaft niederlassen unabhängig davon, ob es unterstützende Maßnahmen gibt oder nicht. Der Unterschied besteht nur darin, dass sich im Falle des Wegschauens und Nichttuns die Lebensumstände aller BürgerInnen verschlechtern werden.
- EU-ArmutszuwanderInnen ziehen der Arbeit nach und nicht den Sozialleistungen (einhelliger Tenor der Projektpartner)
- Information, Aufklärung, Sensibilisierungs- und Anti-Rassismusarbeit sind essentiell: Weiterbildungsangebote für MA, offene Info-Veranstaltungen (großer Nachholbedarf in Österreich)
- Politiker und Gewerkschaften beständig in die Pflicht nehmen (der deutsche Gewerkschaftsbund sieht sich auch für "Schwarzarbeiter" verantwortlich; verantwortliche Politiker deutscher Kommunen wie Duisburg und Dortmund haben mittlerweile erkannt, dass es nicht länger Sinn macht, die Augen zu verschließen: politisches Bekenntnis, nicht nur Notunterstützung anzubieten, sondern auch aktiv hinsichtlich der Integration zu sein)
- Das Kinderwohl ernst zu nehmen bedeutet nicht nur, das Betteln mit Kindern zu verbieten, sondern auch den Kindern Bildung zu ermöglichen

#### Armutsmigration als Handlungsfeld kommunaler Politik – Am Beispiel: Salzburg

Heinz Schoibl

Helix - Forschung und Beratung, April 2014

Die Europäische Union ist mit zunehmender Armutsmigration aus südöstlichen EU-Mitgliedsstaaten konfrontiert und mit den Anforderungen zur Bekämpfung von Armut in den Herkunftsregionen sowie der Regelung der Aufnahme in den Zielländern überfordert. Ökonomische, soziale und sozialstaatliche Strukturschwächen in den Herkunftsländern der Armutsmigration (allem voran betrifft dies: Slowakei, Rumänien, Ungarn, Bulgarien) können als wesentlich verantwortlich für diese spezielle Form der EU-Binnenmigration hervorgehoben werden (EU-weit befanden sich im Jahr 2013 etwa fünf Millionen Menschen auf Grund von Armut, Ausgrenzung und Diskriminierung auf zum Teil temporärer Binnenmigration). Die vorliegenden Informationen aus dem internationalen Raum der EU-Mitgliedsstaaten machen deutlich, dass den Rahmenbedingungen in der Aufnahmegesellschaft keine wesentliche Rolle bei der Wahl der Destination von Notreisen beigemessen werden kann. Es handelt sich bei den Notreisenden vielmehr um Getriebene, die sich verständlicherweise dorthin wenden, wo im weithin vermarkteten Wohlstand (siehe dazu etwa die Hochglanz-Broschüren der Tourismusindustrie) eine Chance gesehen wird, den in der Herkunftsregion vorherrschenden Armutsverhältnissen zu entkommen. Die Tourismuswerbung<sup>1</sup>, z.B. in Salzburg, schürt diese Erwartungshaltung – mit nachhaltigem Erfolg! Danach ist Salzburg die Stadt der Kultur, des Nobel- und Edeltourismus, die Stadt, in der sich alles trifft, was Geld und Wohlstand in Europa repräsentiert.

Unter anderem deshalb kommen Notreisende nach Salzburg, unabhängig davon, welche Angebote der Erwerbsarbeit sie hier vorfinden und/oder wie ihr Aufenthalt geregelt oder strukturiert wird. Insbesondere die Frage nach den Effekten eines Bettelverbots, sei dieses nun total, partiell oder sektoral, geht an der Thematik der Armutsmigration gänzlich vorbei, zumal es den Notreisenden mehrheitlich gar nicht um die Perspektive des Bettelns geht. So wird im EU-Raum davon ausgegangen, dass etwa 80% der Notreisenden irgendeine Form der Erwerbsarbeit, wenngleich häufig zu sehr prekären Arbeitsbedingungen, realisieren können. Ein ähnliches Ergebnis konnte für Salzburg<sup>2</sup> festgestellt werden. Danach hat sich mehr als die Hälfte der Notreisenden, die in Salzburg angetroffen und befragt werden konnten,

Siehe dazu: <a href="http://www.salzburg-altstadt.at/">http://www.salzburg-altstadt.at/</a>

Heinz Schoibl (2013), Lebens- und Bedarfslagen von Notreisenden und BettelmigrantInnen in Salzburg

aktiv um Erwerbsarbeit bemüht bzw. sind viele ohnedies bereits als (Gelegenheits-)ArbeiterInnen oder als ZeitungsverkäuferInnen tätig. Der medial verbreitete Eindruck, wonach vor allem Roma und Romnija nach Salzburg kämen, um hier zu betteln und mittels milder Gaben einen Notgroschen für Zuhause zu lukrieren, ist nachweislich falsch und entbehrt jeder empirischen Grundlage. Tatsache ist stattdessen, dass zwar ein großer Anteil der Notreisenden zur Volksgruppe der Roma gehört, dass daneben jedoch auch viele Angehörige der Mehrheitsbevölkerung der südosteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten als auch Angehörige von anderen sprachlichen Minderheiten (z.B. Ungarn aus Rumänien) vor der Notwendigkeit stehen, sich auf der Straße die nötigen Überlebensmittel zu sichern. Von Bedeutung erscheint diesbezüglich, dass damit auch die Diskriminierungs- und Ausgrenzungsmechanismen, die in den Herkunftsländern beobachtet werden können, mittransportiert werden und sich in der Gemeinschaft der Notreisenden vor Ort und z.B. den Winter-Notquartieren beobachten lassen.

Die aktuelle Debatte in den österreichischen Städten ist entgegen vorliegender Belege auf Fragen und Forderungen nach einem Bettelverbot beschränkt. Dieser Diskurs greift jedoch deutlich zu kurz. Die grundsätzliche Frage nach möglichen und realistischen Alternativen zum Betteln kann unter diesen Vorzeichen nicht diskutiert werden. Mit Straßenmusik, mit dem Verkauf kleiner Andenken und / oder Straßenzeitungen alleine sind in Salzburg keine ausreichenden Alternativen gegeben, sodass trotz individuellen Bemühens um andere Erwerbsstrategien eine relativ große Zahl von Notreisenden darauf zurückgreifen müssen, auf der Straße oder z.B. in den Eingängen von Kirchen bzw. Supermärkten die Hand aufzuhalten.

Für die Diskussion von politischen Ansätzen mit konstruktiven Perspektiven ist zudem von Bedeutung, dass die Option eines totalen Bettelverbots verfassungswidrig ist und (gemäß der aktuellen Positionierung der politischen Parteien in Salzburg) absehbar nicht realisiert werden wird. Ein Bettelverbot erscheint auch insofern als unwirksam, weil es lediglich eine Minderheit der aktuell anwesenden ArmutsmigrantInnen betrifft. Dazu kommt, dass sich durchschnittlich an die 200 Notreisenden temporär (im Verlauf eines Jahres wiederholt) in Salzburg aufhalten. Insgesamt dürften im Verlauf eines Jahres etwa 1.350 ArmutsmigrantInnen mehr / minder vorübergehend Aufnahme und Hilfe in Salzburg suchen. Eine schlichte Ausgrenzung dieser BesucherInnen Salzburgs und die Verweigerung der einfachsten Angebote einer Basisversorgung erscheint auch in demokratiepolitischer Hinsicht bedenklich, unter anderem weil es sich um einen Verstoß gegen Humanität sowie gegen die Deklaration der Menschenrechte handelt, welche den Grundkonsens der österreichischen Verfassung bilden.

In jedem Fall dürfte feststehen, dass sich an der Tatsache der Armutsmigration in den kommenden Jahren nichts ändern wird. Notreisende werden in diesem Sinne zu einem fixen Bestandteil der urbanen Wohlstandsregionen, die solcherart aufgefordert sind, eine Trendwende gleichermaßen in der öffentlichen Meinung als auch im Kontext der politischen Handlungsfelder der Armutsbekämpfung einzuleiten, sich zunehmend von Diskriminierung und tendenziöser Kriminalisierung abzugrenzen und einen Kurswechsel sozialstaatlichen Handelns zu realisieren. Im Mittelpunkt dieser Anforderungen an die kommunale Politik stehen in jedem Fall Aufgaben der Bekämpfung akuter Wohnungslosigkeit durch Vorsorgen für eine bedarfsorientierte Basisversorgung einschließlich der Eröffnung von Zugängen zu Bildung und medizinischer Versorgung sowie – in perspektivischer Hinsicht von besonderer Bedeutung – der Schaffung von alternativen Erwerbsmöglichkeiten. Das betrifft vor allem die gezielte Verbesserung der arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen im Kontext prekärer Beschäftigung auf dem Arbeitsstrich und/oder als pseudoselbstständige ZeitungsverkäuferInnen.

## **Literatur zu Armutsmigration und kommunaler Politik**

- P. Chwistek: Obdachlose EU-Bürger\_innen und die Wiener Wohnungslosenhilfe, 2013, in:
  Soziales Kapital 10/2013 (Download unter: <a href="http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/viewFile/291/487.pdf">http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/viewFile/291/487.pdf</a>)
- F. Koller (Hg.), Betteln in Wien. Fakten und Analysen aus unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen, Wien 2012
- K. Pollinger, E. Avdijevski, H. Pitinger, J. Beer (2011), Station Josefstädterstraße. Eine Sozialraumanalyse des öffentlichen Raums im Umfeld des Tageszentrums Josefstädterstraße, Wien
- H. Schoibl, Lebens- und Bedarfslagen von Notreisenden und BettelmigrantInnen in Salzburg, 2013; Download unter: www.helixaustria.com
- J. Tabin, "Bettelnde Roma"? Forschungsergebnisse aus Lausanne, in: B. Schär, B. Ziegler (Hg.), Antiziganismus in der Schweiz und in Europa, 2013
- B. Tiefenbacher, H. Zettelbauer, S. Benedik, Die imaginierte "Bettlerflut", 2011



## **TISCH 4**

# Aktuelle Fragen zu Antworten der räumlichen Segregation

## **Tischmoderation**

Monika Vukelic-Auer, MBA Kapfenberg

## Fachinput:

## Dipl.-Ing. Kheder Shadman

Land Steiermark, Fachabteilung Gesellschaft und Diversität

# Zusammenleben in Vielfalt in der Steiermark



## Räumliche Segregation

## "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf" Was können die Städte tun?

Österreichischer Städtetag, 4. bis 6. Juni 2014, Graz

Steiermark. Wir halten zusammen.



Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf



## (traditionelle) Räumliche Segregation

Ungleiche Verteilung von Bevölkerungsgruppen nach unterschiedlichen Merkmalen (Alter, soziale Schichtung, ethnische Zugehörigkeit, ...)

Verräumlichung der sozialen Ungleichheit

Unterschiedliche Wohnstandorte in der Stadt, Stadtteile mit bEb





## Segregationsforschung

## **Neuer Ansatz:**

Segregation  $\neq$  nur Anteile von ... (Statistiken)

- Sozialraumanalyse, Handlungsraum
- nicht nur Wohnstandort als Indikator der Teilhabe ("Integration")

Steiermark. Wir halten zusammen.



Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf



## **Diskussionsstand**

Räumliche Konzentration sozialer bzw. ethnischer Gruppen "problematisch"?

Ja, wenn im Stadtteil benachteiligende Effekte die gesellschaftliche Teilhabe erschweren und den sozialen Aufstieg verhindern!

Nein, Netzwerke und Unterstützung der eigenen Gemeinschaft Bsp.: Erste und weitere Phasen der Migration

Durchlässigkeit bzw. Erweiterung der Netzwerke für stärkere gesellschaftliche Teilhabe (nicht nur für MigrantInnen), Regeleinrichtungen





## **Erwartungen & Stadtsoziologie:**

- Ist eine "erwünschte" soziale Durchmischung möglich?
- Welche Steuerungsmöglichkeiten gibt es?
- Entsprechen diese Steuerungsmöglichkeiten unseren gesellschaftlichen Normen?

Stichwort: das Recht auf freie Wahl des Wohnstandortes

Zielsetzung definieren:

Verbesserung der Lebensqualität

Steiermark. Wir halten zusammen.



Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf



## Was tun andere Städte?

## **Integrierte Stadtentwicklung**

- Soziale Stadt Investitionen im Quartier seit 1999
- städtebauliche Aufwertung und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts
- Verknüpfung von baulichen Investitionen mit Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtteil





## Was tun andere Städte?

## **Integrierte Stadtentwicklung**

- Investitionen in das Wohnumfeld, die Infrastruktur und die Qualität des Wohnens
- vorrangiges Ziel:
  - Stärkung des sozialen Zusammenhalts und die "Integration" aller Bevölkerungsgruppen

### Hinzuwirken auf

- mehr Generationengerechtigkeit, familienfreundliche, altersgerechte und die Willkommenskultur stärkende Infrastrukturen
- Diversität im Stadtteil, Charta des Zusammenlebens in Vielfalt in der Stmk., Projekt Zusammenwohnen

Steiermark. Wir halten zusammen.



Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf



## Was tun andere Städte?

## **Finanzierung**

- Bund\_Länder\_Kommunen
- 2013 in Deutschland, Bund 40 Mio.





## Wo steht die Stadt Graz?

# Die Anforderungen an die Stadtentwicklung haben sich gewandelt!

- Organisation von Funktionen in der Stadt
- Soziale Komponente in der Stadtplanung
- Bsp. STEK 4.0 der Stadt Graz
- Graz bekennt sich zum strategischen Ansatz: Integrierte Stadtentwicklung
- Grünraumoffensive als positiver Schritt im öffentlichen Raum und Wohnumfeld

Steiermark. Wir halten zusammen.



Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf



## Was tun andere Städte?

- bundesweiter Wettbewerb zum "Preis Soziale Stadt 2014"
- vom Deutschen Städtetag, dem AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, dem GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, dem vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung und dem Deutschen Mieterbund
- Projekte können eingereicht werden, die beispielhaft zeigen, wie das soziale Miteinander in den Stadtquartieren gefördert werden kann.





## **Projektbeispiele**

## Berlin-Marzahn

Modellprojekt "JULE - Junges Leben"

**Ziel: Betreutes Wohnen** für junge alleinerziehende Erwachsene, **Unterstützung** bei ihrer Lebensführung, dem Nachholen des **Schulabschlusses** und der **Berufsausbildung** 

Die degewo "Deutsche Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaus"

**übernimmt Verantwortung** für Wohnquartiere und arbeitet an einer gezielten und umfassenden Quartiersentwicklung.

- Preisträger "Soziale Stadt" 2012.

Steiermark. Wir halten zusammen.



#### Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf



## Projektbeispiele

## Köln

Preisträger "Soziale Stadt" 2012, Projekt "Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung"

- Zielsetzung: Verbesserung der Lebensbedingungen, fünf Leitziele: Partizipation, Prävention, Integration, Kooperation und effektiver Mitteleinsatz
- **Beteiligt:** Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, die Kölner Kommunalpolitik und die Stadtverwaltung
- **Seit 2006 Zuwachs**, 11 Gebiete (ursprünglich sechs Sozialraumgebiete) mit unterschiedlicher Trägerschaft

Das Land
Steiermark



## Schlussbemerkung

## Sozialer Spaltung in der Stadt entgegenzuwirken

## Fokus: Verbesserung der Lebensbedingungen

- Investition in die Infrastruktur (Regeleinrichtungen)
- Maßnahmen zur Stärkung der Handlungsfähigkeit von EinwohnerInnen im Stadtteil

Steiermark. Wir halten zusammen.



Steiermark

#### Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf



#### Quellen:

Stadtentwicklungskonzept der Stadt Graz http://www.graz.at/cms/ziel/5190711/DE

Die Charta des Zusammenlebens in Vielfalt

http://www.zusammenleben.steiermark.at/cms/beitrag/11562700/68684441

Projekt "Jule" für junge Alleinerziehende Erwachsene in Berlin-Marzahn http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale\_stadt/aktionsraeume\_plus/download/A+\_Projektblatt\_JuLe\_120110.pdf

Projekt "Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln" http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/lebenswerte-veedel.pdf

Segregation(sforschung) – quo vadis?, Prof. Dr. Jens S. Dangschat http://www.vhw.de/fileadmin/user\_upload/Download-

Dokumente/Forschung/Segregation/Segregationsforschung\_quo\_vadis\_FW0308\_Dangschat.pdf

Das Projekt "soziale Stadt, Investitionen im Quartier"

 $\label{lem:http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/SozialeStadt/soziale\_stadt\_node.html \\ \boxed{\textbf{Das Land}}$ 

## Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf



#### Kontakt:

## **DI Kheder SHADMAN**

Koordination von Diversitätsmaßnahmen in prioritären Lebenswelten darunter das Ressortprojekt "Zusammenwohnen" 2013-2016

Amt der Steiermärkischen Landesregierung A6 Fachabteilung Gesellschaft und Diversität Referat Frauen, Gleichstellung und Integration 8010 Graz, Karmeliterplatz 2 diversitaet@stmk.gv.at

\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*

+43 316 877 3946 kheder.shadman@stmk.gv.at www.diversitaet.steiermark.at





# Lebensläufe der Vortragenden

Name: Mag. Heinz Fronek

Geburtsdatum: 16.01.1965

Geburtsort: Steyr



1988 bis 1994 Studium der Psychologie, Universität Wien

1993 Eintragung als Klinischer Psychologe und

Gesundheitspsychologe

1995 Ausbildung zum Verkehrspsychologen

Seit 1995 Projektmanager bei der asylkoordination österreich

2009 bis 2010 Ergänzungsausbildung Supervision; Strukturierte

Supervisionsmethode nach Lansen/Haans

### Christian Schörkhuber, MAS

Geboren am 15. Oktober 1962 in Steyr

Geschäftsführer Volkshilfe OÖ Flüchtlings- und MigrantInnenbetreuung

Sozialmanagement an der JK Universität Linz , Zertifizierter Interkulturtrainer, Diplomierter Erwachsenenbildner;

Mitglied des Integrationsbeirates im Bundesministerium für Europa, Integration und  $\ddot{\mathrm{A}}\mathrm{u}\mathrm{\beta}\mathrm{e}\mathrm{res}$ 

Vorsitzender Stv. des Vereins Land der Menschen in Oberösterreich

Jurymitglied Menschenrechtspreis des Landes OÖ.

Name: Michael Lintner

Funktion: Fachbereichsleiter Basisversorgung

Caritas Steiermark

E-mail: michael.lintner@caritas-steiermark.at

Geburtsdatum 12.10.1967, Linz

Wohnort: Graz



### Berufliche Laufbahn und Aufgabenfelder

Seit nunmehr 16 Jahren bin ich in unterschiedlichen Funktionen in der Wohnungslosenhilfe der Caritas Steiermark tätig. Für die Caritas leite ich die Wohnungsloseneinrichtungen Haus Elisabeth, Arche 38 und Ressidorf sowie die Armenausspeisung Marienstüberl. Alle Einrichtungen werden von der Caritas im Auftrag mit der Stadt Graz geführt. Als Fachbereichsleiter Basisversorgung bin ich zudem damit befasst, für unterschiedliche Zielgruppen Angebote der Wohnungslosenhilfe zu entwickeln und den jeweiligen Bedürfnissen entsprechend zu organisieren. Zurzeit widme ich mich im Auftrag der Geschäftsleitung der Caritas Steiermark verstärkt dem Problemfeld der Armutsmigration. Wir versuchen, die zentralen Fragen und Probleme zu erfassen und gemeinsam mit Partnerorganisationen und Politik Antworten auf diese Fragen zu finden.

#### **Dr. Heinz Schoibl**

Sozialpsychologe, langjährige Praxis in der Sozialen Arbeit / Wohnungslosenhilfe (1979-89); seit 1990 selbstständiger Sozialforscher mit Schwerpunkt auf angewandter Sozial- und soziale Infrastrukturforschung; Veröffentlichungen und Vorträge zu Armut, Arbeits- und Wohnungslosigkeit, soziale Wohnungsverwaltung und Migration, zu Qualität und Wirkung von sozialer Arbeit; zuletzt:

- Heinz Schoibl (2013), Notreisende und Bettel-MigrantInnen in Salzburg.
   Erhebung der Lebens- und Bedarfslagen;
- BAWO; Redaktion: Heinz Schoibl (2013), Wohnungslosenhilfe von Ost bis West

Ein Überblick zu Forschungsarbeiten und Veröffentlichungen findet sich unter: www.helixaustria.com

## Dipl. -Ing. Kheder Shadman



- Architekturstudium mit dem Themenschwerpunkt Stadtentwicklung
- 1996-2012 Geschäftsführer des MigrantInnenbeirates der Stadt Graz, Konzeption und Umsetzung von Projekten, Beratung der Politik und Verwaltung
- Seit 2005 selbständige berufliche Tätigkeit, Referent zum Thema "Stadtentwicklung, Wohnen und Migration", Projektkonzeption und -Umsetzung
- Seit 2012, Referent in der Landesverwaltung (A6 Fachabteilung Gesellschaft und Diversität), zuständig für die
  - Koordination von Diversitätsmaßnahmen in prioritären Lebenswelten

darunter das Ressortprojekt "Zusammenwohnen" 2013-2016

# Österreichischer Städtebund

## NOTIZEN